

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kanfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Kleinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Rönischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 80 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeiterermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Der zehnte Verbandstag.

Dem Verbandstag in Dresden ist das Prognostikon gestellt worden, daß er eine geschäftsmäßige Tagung sein werde. Diese Erwartung hat sich im Grunde genommen nicht erfüllt. Allerdings sind Beschlüsse, welche die Grundlagen der Organisation betreffen, nicht gefaßt worden, aber die Kritik, die an der Tätigkeit des Verbandsvorstandes geübt wurde, die Besprechung über die verflochtenen Lohnbewegungen und die Stellungnahme zu der bevorstehenden Tarifbewegung haben den Verhandlungen des Verbandstages doch eine größere Bedeutung gegeben.

In der letzten Zeit hatte sich an manchen Stellen im Verbandsorgan ein Gefühl der Verbittertheit bemerklich gemacht. Die verunglückte Lohnbewegung auf den Sechsfachwerken hat bei den beteiligten Kollegen eine tiefe Mißstimmung zurückgelassen, die ihre Spitze nicht nur gegen den Vorstand, sondern beinahe auch gegen die Organisation richtete. Die schwere Wirtschaftskrise, die viele Kollegen zu monatelanger Arbeitslosigkeit verurteilte, hat eine Verbitterung erzeugt, die sich mitunter in recht merkwürdiger Weise äußerte, nicht zum Nutzen der Organisation. Die Meinungsäußerungen der Kollegen in manchen Versammlungen, die in den Spalten des Verbandsorgans geführt wurden, und andere Dinge deuteten darauf hin, daß Konfliktluft wehe. Um so größer ist aber die Befriedigung über den Verlauf des Verbandstages.

Hier hat eine rückhaltlose Aussprache stattgefunden. Es sind scharfe Worte gefallen, da und dort sind auch einige Entgegnungen vorgekommen, aber im ganzen waren die Verhandlungen doch von dem Geiste der Brüderlichkeit getragen, der die Vorbedingung für das Gedeihen unserer Organisation ist. Wer sich etwa mit der Hoffnung getragen hatte, daß der Verbandstag in Dresden zu einem Debakel führen würde, ist enttäuscht worden. Gerade die gründliche, rückhaltlose Aussprache schaffte die Möglichkeit am Schlusse des Verbandstages zu konstatieren, daß zwischen Verbandsvorstand und Mitgliedern volle Einmütigkeit herrscht. Das glänzende Vertrauensvotum, welches der Verbandstag dem Vorstand ausstellte, hat in Anbetracht der vorausgegangenen Dinge eine ganz besondere Bedeutung. Es ist mehr als die Anerkennung für die geleistete Arbeit; es gibt uns Gewißheit, daß die verantwortlichen Verbandsinstanzen der in wenigen Monaten beginnenden großen Tarifbewegung in Ruhe entgegengehen können. Sie wissen, daß die Kollegenschaft ihrer Führung unerschütterliches Vertrauen entgegenbringt.

Zur Stärkung des dem Verbandsvorstand entgegengebrachten Vertrauens hat gerade die geforderte Besprechung des Werstarbeiterstreiks als wesentlich beigetragen. Sie hat dem Verbandstag Zeit gekostet, so viel Zeit, daß leider auf die Entgegennahme des Referats über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aufgaben und Ziele des Verbandes verzichtet werden mußte. Eine sehr erhebliche Zahl von Delegierten hatte sich übrigens bereit erklärt, die Sitzung am Sonnabend vor Pfingsten bis zum Abend auszudehnen, um noch den Vortrag des Verbandsvorsitzenden zu hören. Der gesamte Verbandstag war aber so überzeugt davon, daß Kollege Leipart gehaltreiche Ausführungen zu machen habe, daß einstimmig beschlossen wurde, das Referat dem Verbandstagsprotokoll anzufügen und es im Sonderdruck den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Auch das ist eine Vertrauensleistung, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden soll.

Die Behandlung des Werstarbeiterstreiks ist gleich zu Beginn der Verhandlungen durch eine namentliche Abstimmung, übrigens die einzige, die der Verbandstag vorgenommen hat, als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden. Dieser Beschluß konnte als eine Niederlage des Vorstandes gedeutet werden, denn er hatte sich gegen den Antrag erklärt. Allerdings nicht, weil er die Rechenschaftsablegung zu scheuen hatte, sondern aus sachlichen Gründen. Es hat sich nachher gezeigt, daß diese Heraushebung des Werstarbeiterstreiks im Grunde kein Fehler war. Die beiden Referenten, Dammer sowohl als Neumann, gaben jeder von seinem Standpunkt aus, eine großzügige Darstellung des Kampfes auf den Werften. Das Anhören der beiden prächtigen Referate bot den Zuhörern nicht nur Gelegenheit, die Dinge von beiden Seiten zu betrachten, es gewährte auch einen ästhetischen Genuß, und die anschließende Diskussion stand wesentlich höher als die vorhergehende lange Debatte über den Vorstandsbericht, in welcher zeitweilig unbedeutende Sachen in ungebührlicher Breite behandelt wurden.

In der Werstdebatte war der Verbandsvorstand der Angeklagte. Das Urteil des Verbandstages konnte jedoch nach dem Verlauf der Diskussion nicht zweifelhaft sein. Mit

Vorbedacht hat aber der Verbandsvorstand vermieden, eine Entscheidung in dieser Frage herbeizuführen. Für ihn handelte es sich nicht darum, die Werstkollegen durch ein Votum des Verbandstages ins Unrecht zu setzen, er wollte dazu beitragen, daß an den Werstorten wieder Frieden und Beruhigung Platz greift. Diesem Zweck konnte nicht besser gedient werden, als durch die gewählte Art der Behandlung dieses Gegenstandes, nachdem einmal die geforderte Beratung beschlossen war.

Am Schluß der Werstdebatte wurde die vom Vorstand und der Kommission des Verbandstages gemeinsam ausgearbeitete Resolution zur Lohnbewegung angenommen. Die Annahme erfolgte einstimmig. Durch diese Resolution werden die Richtlinien für die Taktik des Verbandes nicht nur bei den Vertragsverhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband, sondern für unsere Lohnbewegungen überhaupt festgelegt. In erster Linie werden die angenommenen Leitfäden bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen aus Anlaß der Erneuerung der im Februar 1915 ablaufenden Verträge angewendet werden.

Der Verband bekennt sich durch die beschlossene Resolution erneut zu einer konsequenten Fortentwicklung des Tarifvertragswesens. Er will aber auch mit aller Schärfe dafür eintreten, daß die Verträge wirklich durchgeführt werden. Um die Unternehmer zur Vertragstreue zu erziehen, will der Verband selbst nicht vor Mitteln zurückschrecken, die, für sich allein betrachtet, als gegen den Gedanken des Tarifvertrages verstößend angesehen werden können. Wenn aber auf der Gegenseite wirklich der gute Wille vorhanden ist, die Tarifverträge nicht nur als ein Mittel zur einseitigen Bindung der Arbeiter in Zeiten flotten Geschäftsganges zu betrachten, sondern den getroffenen tariflichen Vereinbarungen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen, dann wird sich auch die Anwendung der bereitgestellten Waffen erübrigen.

Nächst der Rüstung für die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Gegnern war die Fürsorge für unsere schwer unter den Folgen der Wirtschaftskrise leidenden Kollegen die wichtigste Aufgabe des Verbandstages. Der Verbandstag hat, wie vorauszusehen war, die Bereitstellung von Mitteln aus der Verbandskasse für die im letzten Winter ausgearbeiteten Kollegen gebilligt. Er hat auch dem Antrag des Verbandsvorstandes auf Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung um eine Woche zugestimmt, alle weitergehenden Anträge aber abgelehnt. Große Auseinandersetzungen hat es deswegen am dem Verbandstag nicht gegeben. Bemerkenswert aber ist es, daß von einigen Kollegen ernste Bedenken gegen eine Erweiterung der Unterstützungsanstaltungen ohne gleichzeitige Erhöhung der Beiträge, geltend gemacht wurden; Bedenken, die übrigens von einer erheblichen Zahl von Delegierten geteilt wurden.

Diese Sorge für die Erhaltung der Kampfstärke und Tätigkeit des Verbandes ist ein sehr erfreuliches Zeichen. Es steht in der Tat wohlthuend ab von der vor dem Verbandstag geführten Diskussion in der „Holzarbeiter-Zeitung“, die zeitweilig den Anschein erweckte, als sei der Ausbau der Unterstützungsanstaltungen und nicht die stete Kampfbereitschaft die wichtigste Aufgabe des Verbandes. Die Stellungnahme des Verbandstages nicht nur in der Unterstützungsfrage, sondern auch allgemein betrachtet, hat bewiesen, daß in unseren Kollegen noch der alte gute Geist steckt.

Nicht blindes Vertrauen verbindet die Mitglieder mit der Verbandsleitung, sondern das Bewußtsein, daß die Führer nur die Vollstrecker des Gesamtwillens sind. Schon seither bestanden neben dem Verbandstag eine Reihe von Einrichtungen, die dazu dienen, den Kontakt zwischen Führern und Massen, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, im Verbandsorgan aufrecht zu erhalten. Es werden künftig noch mehr als bisher Konferenzen und Besprechungen stattfinden, zur gründlichen Erörterung der jeweils erforderlichen Schritte. Der Verbandstag hat aber auch zum Ausdruck gebracht, daß er für die Organisation eine einheitliche, zielklare und energische Leitung will, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist. Die scharfe Betonung der Einigkeit zwischen den Mitgliedern des Verbandes und der Verbandsleitung, der zum Ausdruck gebrachte feste Wille, auch weiterhin einig und geschlossen die Ziele unserer Organisation zu verfolgen, das ist unseres Erachtens das wichtigste Ergebnis des Dresdener Verbandstages.

Die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstages wurden am Morgen des 25. Mai im Saale des Kristallpalastes in Dresden eröffnet. Nachdem die vorgeschlagene Geschäftsordnung debattelos angenommen und das in der Vorber-

sammlung gewählte provisorische Büro definitiv bestätigt war, erfolgte die Wahl der Kommissionen. Der vorbereitenden Kommission, die seit dem 20. März gemeinsam mit dem Verbandsvorstand alle vorliegenden Anträge durchberaten hat, ist auf dem Wege der schriftlichen Abstimmung von den Delegierten gewählt worden. Sie setzt sich zusammen aus den Kollegen Seibold-Breslau, Hamel-Berlin, Lauter-Dresden, Gerike-Weipzig, Niele-Braunschweig, Wirrer-Hamburg, Jahn-Hannover, Rehfeld-Mannheim und Meyer-Münster. Vorher dieser Kommission wird noch eine Beschwerdekommision gebildet, in welche die Kollegen Blömer-Düsseldorf, Mathner-Frankfurt a. D., Schubert-Weipzig, Schulz-Bibbe, Nigbur-Berlin, Schleicher-Stuttgart und Unterhalt-Danzig berufen werden. Die Revisionskommission wird gebildet aus den Kollegen Haug-Stuttgart, Robert Schmidt-Berlin, Plentinger-München, Hill-Münster, Lanzl-Berlin, Hoops-Döbenburg und Drath-Berlin.

Zur Tagesordnung ist vom Gautag Hamburg beantragt, die Werstbewegung als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Verbandstages zu stellen und einen Referenten und Korreferenten zu bestimmen. Als Korreferent wird Dammer-Bremen vorgeschlagen.

Seibold-Breslau empfiehlt namens der Kommission Ablehnung dieses Antrages. Hierüber entspannt sich eine lebhafteste Debatte, in welcher sich die Kollegen Plentinger-Hamburg, Glocke und Brunner-Berlin, Bornemann-Bremen, Wendt-Köln und Kirchner-Hannover für die Behandlung des Werststreiks als eines besonderen Punktes der Tagesordnung aussprechen. Neumann vom Verbandsvorstand und Schleicher-Stuttgart sprechen dagegen. Der Antrag des Gautages Hamburg wird alsdann in namentlicher Abstimmung mit 111 gegen 82 Stimmen angenommen.

Nunmehr begrüßt Leipart die anwesenden Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen, die Kollegen Melnik-Wien vom Verband der Holzarbeiter Österreichs, Reichmann-Jülich vom Schweizerischen Holzarbeiter-Verband, Beltner-Budapest vom Ungarischen Holzarbeiter-Verband und Steffenstein-Kopenhagen vom Dänischen Tischler-Verband. Die genannten Kollegen richten alsdann ihrerseits Ansprachen an die Delegierten, in welchen sie die Verhältnisse in den Organisationen ihres Heimatlandes schildern und dem Verbandstag Erfolg für seine Arbeiten wünschen. Nachdem für die gedruckt vorliegenden Anträge die Unterstützungsfrage gestellt und einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt sind, tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittagssitzung steht der

### Vorstandsbericht

auf der Tagesordnung. Hierzu nimmt Leipart das Wort. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht, zu dem er nur einige Bemerkungen machen will. Zunächst bespricht er die dem Vorstand überwiesenen Aufträge des Berliner Verbandstages. Bezüglich der Beitragsermäßigung für alte und minderleistungsfähige Mitglieder ist eine Umfrage veranstaltet worden, deren Ergebnisse im Jahrbuch niedergelegt sind. Zu dieser Gelegenheit hat der Vorstand auch einen Antrag gestellt. Ein anderer Antrag betrifft die Einführung von Tagegeldern an Stelle der Kilometerberechnung bei der Reiseunterstützung. Mit den Verbänden der Fabrikarbeiter und der Transportarbeiter sind Kartellverträge abgeschlossen worden. Mit den Metallarbeitern wurden Verhandlungen geführt, die aber noch nicht beendet waren. Eine Verständigung dürfte aber erzielt und demnächst ein Kartellvertrag abgeschlossen werden. Gleiche Verhandlungen seien mit dem Vorstand der Glaser geführt worden. Die Verhandlungen hätten aber scheitern müssen, weil der Vorstand des Glaser-Verbandes alle Tischler, die Fensterrahmen anfertigen, für sich reklamierte. Dem Antrag des letzten Verbandstages auf Herausgabe einer vierteljährlichen Agitationschrift für die Lehrlinge habe der Vorstand Rechnung getragen. Dieses Jugendblatt sei als Bildungsmittel für die Jugendlichen gedacht. Die Lichtbildervorträge wären erweitert worden. Von der Ausarbeitung einer Gehaltsvorlage sei Abstand genommen worden. Der Anregung, eine Vorlage für die Versicherung der unbeforderten Funktionäre gegen Unfälle dem Verbandstag zu unterbreiten, sei der Vorstand nachgekommen. Der Verband nehme die Versicherung in eigene Hand. Mit der Abfassung einer Geschichte des Tischlergewerbes habe der Vorstand den Schriftsteller Friß Hellweg beauftragt. Das Diplom für die Mitglieder, die dem Verband 25 oder 30 Jahre angehören, ist von einigen Kollegen unfreundlich kritisiert worden, man soll aber das agitatorische Moment nicht übersehen. Der Rückgang der Mitgliederzahl in der letzten Hälfte des Jahres 1913 wäre mit auf den Einfluß der neuen Militärvorlage zurückzuführen. Während in früheren Jahren nur 2000 Mitglieder als zum Militär abgegangen gezählt worden seien, wären es im letzten Jahre 3000 gewesen. Für die ausgesteuerten Arbeitslosen hätten Vorstand und Ausschuß 50 000 Mk. bewilligt. Dieser Betrag bedürfe der Sanktion des Verbandstages. Zu dem Ergebnis der eingeleiteten Sammlung für diesen Zweck mühten übrigens später noch weitere circa 30 000 Mk. aus der Hauptkasse zugesteuert werden. Die Beziehungen des Vorstandes zu den Zentralkommissionen sind besser ge-



worden. Es sei beabsichtigt, in Kürze eine Konferenz der Vorsitzenden der Zentralkommissionen zu arrangieren. Demnächst wird auch eine Konferenz der Riffenmacher stattfinden, auf welcher wahrscheinlich auch für diese Branche eine Zentralkommission eingesetzt werden wird. Leipzig bittet um eine gerechte Kritik der Tätigkeit des Vorstandes. Zwei Zahlstellen hätten schon Bericht gehalten über den Vorstand. Berlin beantragte, dem Vorstand wegen des Festhaltens bei Fertigstellung des Verbandshauses eine Rüge zu erteilen. Die Beschwerdef Kommission werde darüber zu entscheiden haben. Auch die Mitgliedschaft Hamburg habe ihr Urteil über den Vorstand gefällt und den Vorstand wegen seiner Haltung im Werftarbeiterstreik verurteilt. Die Hamburger Kollegen haben beschlossen, die Mitglieder des Vorstandes nicht mehr als ihre Führer betrachten zu können. Wenn man im Unmut ein hartes Wort fallen lasse, nehme dieses niemand übel. Die Hamburger hätten aber diesen Beschluss nicht in der Stunde des Zornes, sondern nach drei Versammlungen gefasst. Ein derartiger Beschluss sei noch nie dagewesen. Darum könne der Vorstand nicht so leicht dem Herzen über diesen Beschluss hinweggehen. Der Vorstand habe mit Lust und Freude für das Gedeihen des Verbandes die Geschäfte geführt. Er sei sich auch bewusst, daß die geistliche Führung des Verbandes abhängig ist von dem uneingeschränkten Vertrauen der Mitglieder. Die Kritik müsse nun ergeben, ob der Vorstand dieses Vertrauen verfehrt habe.

Zum Schluß seiner Ausführungen ging Leipzig auf die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten ein, nach der der Verband als politischer Verein bezeichnet wird. Der Vorstand habe gegen die Verfügung Klage beim Bezirksauschuß erhoben. Es muß aber auch hier erneut ausgesprochen werden, daß der Verband kein politischer Verein ist und sein wolle. Der Zweck des Verbandes ist in den Statuten klar ausgesprochen. Die Organisation habe noch gerade genug mit der Erfüllung der Aufgaben, die das Statut vorsehe, zu tun. Auf eine sozialpolitische Tätigkeit könne natürlich eine wirtschaftliche Organisation nicht verzichten. Wenn der Verband sich mit Eingaben an die konservative Reichstagsfraktion gewendet hätte, wäre dies sicherlich nicht als eine politische Tätigkeit empfunden worden. Der Verband habe seine Eingaben aber auch nicht an die sozialdemokratische Fraktion, sondern an den ganzen Reichstag gerichtet. Wenn dies verboten sein sollte, werde der Verband auch andere Wege finden. Viel genügt hätten die Eingaben des Verbandes an den Reichstag sowieso nicht. Für die Klagen und Beschwerden der Holzarbeiter um besseren Schutz habe man recht wenig Interesse gezeigt. Der Verband könne aber auch den Weg der Selbsthilfe beschreiten. Er sehe dem Ausgang des Prozesses wegen der Politischerklärung mit Ruhe entgegen.

**Den Kassenbericht erstattet König.** Er verweist in der Hauptsache auf die gedruckte Abrechnung und richtet insbesondere an die Revisoren der Zahlstellen die Mahnung, es mit der Erfüllung ihrer Funktion möglichst genau zu nehmen.

**Auch der Vertreter des Ausschusses Saug-Stuttgart** beschränkt sich auf einen kurzen Hinweis auf den, den Delegierten überreichten schriftlichen Bericht.

In der Diskussion der Berichte nimmt zunächst das Wort **Valm-Berlin**, der Kritik daran übt, daß der Verbandsvorstand das Diplom für Kollegen mit 25jähriger Mitgliedschaftsdauer eingeführt hat.

**Lein-Hamburg:** Leipzig hat uns keine Schmeicheleien gesagt; mit den von ihm gerügten Vorständen waren auch wir nicht einverstanden. Man muß aber die ganze Situation berücksichtigen. Wenn damals, in den erregten Versammlungen aus Anlaß des Streiks der Antrag gekommen wäre, der Vorstand solle gehängt werden, dann wäre er schließlich auch angenommen worden. Wir bedauern die Vorläufigkeit, können sie aber verstehen, und für solche Situationen sollte auch Leipzig Verständnis haben. Ähnlich ist es mit dem Beschluss bezüglich der Gehaltserhöhung. Auch diese Entgleisung muß aus der ganzen damaligen Situation erklärt werden. Leipzig sollte diese Dinge nicht zu tragisch nehmen.

**Schäfer-Bremerhaven:** Das Holzarbeiter-Jugendblatt hätte eigentlich schon früher herausgegeben werden sollen. In ihm sollten die jungen Leute angeregt werden, dem Arbeiterturnerbund beizutreten. Bei der Vergebung der Diplome sollte den aus anderen Verbänden zu uns übergetretenen Kollegen die in jenen Organisationen zugebrachte Mitgliedschaft angerechnet werden.

**Lees-Wagdeburg:** Auf Grund der Erfahrungen, die wir vor einigen Jahren mit einer ähnlichen Einrichtung gemacht haben, fürchten wir, daß der Vorstand mit den Diplomen noch Unannehmlichkeiten erleben wird. Bei der Unterstüßung der ausgesteuerten Arbeitslosen hat der Vorstand verlangt, daß die betreffenden Kollegen erst 14 Tage mit der Verbandunterstüßung ausgesteuert sein müssen, ehe sie Anspruch auf die außerordentliche Unterstüßung haben; darin liegt eine unverständliche Härte. Bezüglich der Erhöhung des Gehalts des Verbandsvorstandes müßte gerügt werden, daß solche Anträge erst kurz vor Schluß des Verbandstages zur Beratung kommen. Wegen der Höhe des Gehalts ist nichts einzuwenden, es muß aber verlangt werden, daß der Vorstand solche Anträge vorher bekannt gibt.

**Schiefer-München:** Die Kritik, die an den Diplomen geübt wurde, ist kleinlich. Solche Dinge darf man nicht nur unter dem Berliner Gesichtspunkt betrachten. In den kleinen Städten und auf dem Lande findet man in den Wohnungen unserer Kollegen häufig Erinnerungszeichen ähnlicher Art. Die Pflicht, von der sich der Vorstand bei der Einführung der Diplome leiten ließ, ist anzuerkennen. Bei der Unterstüßung von bedürftigen Hilfskräften sollten Bewerber aus Süddeutschland nicht immer übergangen werden. Die notwendige Entschädigung für den Vorsitzenden der Zentralkommission der Werftarbeiter wird jetzt aus der Lokalkasse in München gezahlt. Es muß aber verlangt werden, daß die Hauptkasse die früher gemachten Aufwendungen erstattet und daß die Vorsitzenden der Zentralkommissionen aus der Hauptkasse eine angemessene Entschädigung erhalten.

**Werner-Berlin** hat beim Bericht des Vorstandes Mahnungen über den Bau des Verbandshauses vermisst. Der Grund, auf welchem das Haus steht, ist sehr teuer, des-

halb sind auch die Räume für die Berliner Verwaltung nicht völlig zweckentsprechend. Der Arbeitslosetraum hat nicht genügend Tageslicht. Der Zugang zu dem Verwaltungsbüro im ersten Stock ist zu eng. Die Tischarbeiten sind zu luxuriös. An anderer Stelle hätte man billiger bauen können, dann wäre es auch möglich gewesen, kleine Wohnungen im Hause einzurichten. Ehe der Vorstand die Druckerei einrichtete, hätte er doch wohl erst bei den zuständigen Verbandsstellen die Genehmigung einholen müssen.

**Derbe-Hannover:** Wenn der Verband als politisch erklärt werden sollte, würden wir damit auch fertig werden. Bei der Stimmung, die in Hamburg herrschte, sind die gerügten bedauerlichen Beschlüsse verständlich. Nicht richtig war es, für den Bezug der Ausgesteuertenunterstüßung eine Karenzzeit einzuführen. Bei der Einführung des Diploms verfolgte der Vorstand eine gute Absicht, man sollte es aber nicht bei dem Diplom bewenden lassen, sondern mit der Ehrung einen sekundären Vorteil verbinden.

**Werner-Hamburg:** Mit der Tätigkeit des Vorstandes sind wir im allgemeinen einverstanden. Anerkennenswert ist besonders sein energisches Eintreten für den Unfallchutz. Der Abschluß der Kartellverträge hat sich als recht nützlich erwiesen. Die Karenzzeit bei der Ausgesteuertenunterstüßung entsprach den Einrichtungen, die in dieser Hinsicht in Hamburg in Kraft sind. Man kann es Leipzig nicht verdenken, daß er die erwähnten Vorgänge in Hamburg gerügt hat, man muß aber die ganze Situation ins Auge fassen, um die Dinge zu verstehen. Die fraglichen Beschlüsse sind nur von ganz wenigen Mitgliedern gefaßt worden, die große Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer war schon fortgegangen, und von den Anwesenden hat sich ein Teil, den das Treiben anwiderte, an der Abstimmung nicht beteiligt. Man soll diesen Vorgängen keine unverdiente Bedeutung beimessen.

**Oster-Bielefeld:** Nach den Äußerungen der Redner aus Hamburg ist das Mißtrauensvotum, das dort dem Vorstand ausgestellt wurde, nicht tragisch zu nehmen. Unangenehm haben wir es empfunden, daß der Vorstand seine Absicht wegen Einführung einer Ausgesteuertenunterstüßung nicht rechtzeitig bekanntgegeben hat. Diese Aktion des Vorstandes soll direkt deshalb mit ähnlichen Plänen der Lokalverwaltung. Die Kritik, die an dem Diplom geübt wurde, war nicht berechtigt; ein Bedürfnis für solche Dinge ist tatsächlich vorhanden, das beweist die von vielen der so ausgezeichneten Kollegen an den Tag gelegte Freude. Bei der Freistellung von Kollegen für die Agitation sollte auf die Auswahl der betreffenden Personen größeres Gewicht gelegt werden. Der Anstellung müßte eine gründliche Ausbildung vorausgehen.

**Windenau-Hamburg:** So wie sich die Dinge in Hamburg abgespielt haben, kann man nicht sagen, daß das Mißtrauensvotum gegen Leipzig nach reiflicher Ueberlegung angenommen worden sei. Es war das Produkt einer, aus den Verhältnissen begreiflichen Erregung. Vorgänge aus neuerer Zeit beweisen es, daß man in Hamburg sehr energisch daran geht, mit den Quertreibern aufzuräumen. Bei der Zuweisung der Diplome soll man übergetretenen Kollegen die in dem früheren Verband verbrachte Mitgliedschaft anrechnen.

**Weinhold-Hamburg:** Die vernünftigen Kollegen in Hamburg, und das sind die meisten Mitglieder, bedauern die Annäherung gegen den Vorstand. Es ist zu begrüßen, daß der Vorstand eine Konferenz der Vorsitzenden der Zentralkommissionen einberufen will; man sollte die Vertreter der Zentralkommissionen aber auch zu den Verbandstagen zulassen. Die Anregung, die Entschädigung für die Vorsitzenden der Zentralkommissionen auf die Hauptkasse zu übernehmen, ist zu unterstützen.

**Kahle-Bonn:** Die Kosten für eine friedlich verlaufene Vertragsbewegung in Bonn sollten auf die Verbandskasse übernommen werden. Hier wird abgebrochen.

**Zweiter Verhandlungstag (Dienstag).** Die Diskussion wird fortgesetzt.

**Schubert-Wiesbaden** spricht den Wunsch aus, daß der Vorstand nochmals mit den Klägern zwecks Abschlusses eines Kartellvertrages in Verbindung trete. Auch mit dem Zimmerer-Verband solle der Vorstand in Unterhandlung treten. Bei der Wiederaufnahme ausgeschlossener Mitglieder möge der Vorstand nicht engherzig verfahren.

**Giesch-Brandenburg:** Die Diplome wirken nicht agitatorisch. Bei dem gegen den Redner anhängig gewordenen Ausschlußverfahren habe der Ausschuß nicht korrekt gehandelt, als er dem Beschluss des Verbandsvorstandes beitrug, es bei einer Rüge bewenden zu lassen.

**Freyer-Dresden:** Die Diplome sind eine verfehlte Einrichtung. Die von Leipzig kritisierten Hamburger Beschlüsse sind erklärlich, denn die Beschlüsse des Vorstandes waren nicht verständlich. Der Vorstand hat auch die in Dresden beschlossene Erhöhung des Sozialbeitrages um 15 Pf. nicht genehmigt.

**Schneegaß:** Die am Verbandshaus geübte Kritik war unter aller Kritik. Die Karenzzeit für die Ausgesteuertenunterstüßung ist beschlossen worden, um eine zu starke Belastung der Verbandskasse zu verhüten. Die kritisierte Abweisung eines ausgeschlossenen, der dem Verband wieder beitreten wollte, ist durch das Statut begründet. Der Verfehlte ist wegen Einbruchs in das Verbandsbüro in Kürze gerichtlich bestraft worden.

**Küder-Berlin:** In dem Kartellvertrag mit dem Fabrikarbeiter-Verband steht die Verpflichtung zum Uebertritt. Die Entschädigung an die Vorsitzenden der Zentralkommissionen sollten aus der Hauptkasse gezahlt werden.

**Richmann-Hannover:** Die Aktion für die Ausgesteuerten wurde zu spät eingeleitet und die Karenzzeit war nicht angebracht. Die Proteste gegen die dem Verbandsvorstand bewilligte Gehaltserhöhung waren unberechtigt und bedauerlich. Die Angestellten sollen ausreichend bezahlt werden, aber die Gehaltserhöhung darf nicht eine Schraube ohne Ende werden. Man darf nicht vergessen, daß die meisten Verbandsmitglieder nur von der Hand in den Mund leben.

**Färner-Nürnberg:** In dem Kartellvertrag mit den Fabrikarbeitern sind unsere Interessen nicht genügend gewahrt.

**Lehmann-Göppingen:** Gegen den Vorstand können berechtigte Vorwürfe nicht erhoben werden. Es sollte erwogen

werden, regelmäßige Revisionen in den Zahlstellen durch Angestellte vornehmen zu lassen. Der Sportsekreter soll in unserem Verband kein Vorrecht genießen. Wir müssen uns darauf beschränken, die jungen Leute auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hinzuweisen.

**Lang-Hamburg:** In dem Jugendblatt braucht man den Meistern nicht allzusehr entgegenzukommen. Es wäre besser gewesen, statt des neuen Blattes die „Arbeiter-Jugend“ einzuführen. Der Lehrlingsfrage müßte überhaupt größeres Interesse dargebracht werden. Viele Meister bringen in die Lehrverträge Bestimmungen, nach der Lehrlinge keiner Organisation angehören dürfen. Die an den Aufwendungen für das Verbandshaus geübte Kritik war völlig verfehlt. Bei der Ausstattung unseres Gewerkschaftshauses in Hamburg haben wir den Grundsatz vertreten: Für die Arbeiter ist das Beste gerade gut genug. Auch die Einrichtung der Verbandsdruckerei war berechtigt. Die Diplome haben bei vielen Kollegen große Befriedigung ausgelöst, deshalb muß man sich mit dieser Einrichtung abfinden.

**Pfleger-Stuttgart** empfiehlt dem Vorstand, den Funktionären mehr Material zugehen zu lassen. Aus dem Jahrbuch könnten Auszüge gemacht werden. Wegen der Karenzzeit bei der Ausgesteuertenunterstüßung ist nichts einzuwenden; die Unterstüßung selbst hätte aber bis zum Verbandstag fortgezahlt werden sollen. Die Einführung des Diploms war ein ganz guter Gedanke. Die Kritik gegen die Erhöhung der Gehälter der Angestellten ist unberechtigt. In der Partei werde nicht gegen die hohen Gehälter opponiert, obwohl die Parteiangestellten meist besser bezahlt würden als die Gewerkschaftsangestellten.

**Robert Schmidt-Berlin** betont, es sei nicht richtig, daß auf dem letzten Verbandstag die Regelung der Gehälter der Angestellten Hals über Kopf vorgenommen wurde. Der Beschluss sei nicht nur in der Kommission, sondern auch auf dem Verbandstag gründlich erörtert worden. Beachtet müsse bei der Gehaltsfestsetzung werden, daß die Vorstandsmitglieder eine überaus große Verantwortung zu tragen haben. Das gilt insbesondere vom Kollegen Leipzig, dessen Leistungen im Dienste des Verbandes so überragend seien, daß eine höhere Normierung seines Gehalts durch den Berliner Verbandstag wohl berechtigt war. Bei der Kritik des Verbandshauses sei berechtigt, wenn gesagt werde, daß zwischen Vorderhaus und Hinterhaus ein zu starker Kontrast bestehe. Bedenklich sei ihm auch, daß das Geld des Verbandes zu einem Haus verwendet werde, dessen Wohnungen nicht für Arbeiter in Frage kommen. Die Herausgabe des Jugendblattes kann Redner nicht gutheißen. In der „Arbeiter-Jugend“ habe man eine sehr gut geleitete, vorzügliche Schrift für die Jugend, so daß man auf die Herausgabe eines besonderen Jugendblattes ruhig hätte verzichten können. Vielleicht erwäge der Vorstand nochmals, ob man sich nicht mit der „Arbeiter-Jugend“ begnügen könne.

**Maria Ammon-Nürnberg** ist mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden, wünscht aber, daß in den Statuten des Verbandes die Bleistiftarbeiter als selbständige Branche geführt werden.

**Wallauer-Nürnberg:** Das Zusammenarbeiten der Zentralkommissionen mit den Gauvorstehern läßt noch zu wünschen übrig. Die Agitation durch Branchenangehörige ist wertvoll, sie muß aber durch Hausagitation ergänzt werden.

**Pappe:** Die Kartellverträge sind das Ergebnis langwieriger Verhandlungen, bei welchen von beiden Seiten Konzessionen gemacht werden müssen. Mit der Zeit werden sich diese Verträge einleben. Die Kollegen sollten an den einzelnen Orten konsequent für ihre Durchführung wirken.

**Winkler-Leipzig:** Die in Hamburg gefaßten Beschlüsse sind sehr bedauerlich, auch in der Erregung soll man nicht ungerecht urteilen. Die Zentralkommissionen werden noch nicht genügend gewürdigt. Für die Stellmacher sollte bald wieder eine Statistik aufgenommen werden.

Durch Annahme eines Schlusantrages wird die Debatte abgebrochen. In seinem Schlusswort führt

Leipzig aus, er hätte gewünscht, die Kritiker des Verbandsvorstandes hätten tiefer geschürft. Die Kleinliche Angelegenheit der Diplome sei sehr breit behandelt worden. Die Karenzzeit bei der Ausgesteuertenunterstüßung war notwendig, weil die schon seit Monaten arbeitslosen Kollegen nicht mit denen gleichgestellt werden konnten, die soeben erst arbeitslos geworden waren. Dem Wunsch der süddeutschen Kollegen auf Berücksichtigung bei der Anstellung von Verbandsbeamten soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Hinsichtlich der Wiederaufnahme ausgeschlossener Mitglieder muß es bei der bisherigen Praxis bleiben. Die Bleistiftarbeiter als besondere Branche zu führen ist deshalb unterlassen worden, weil diese Branche nur in einer Stadt vertreten ist. Ähnliche Wünsche liegen auch aus anderen Branchen vor. Die erhebliche Zahl der Bleistiftarbeiter könnte vielleicht zu einer ausnahmsweisen Behandlung berechtigen, wenn der Verbandstag einen solchen Beschluss faßt. Schmidt hat die an dem Bau des Verbandshauses geübte Kritik unterstützt; sie ist aber nicht berechtigt. Der Gegensatz zwischen Vorder- und Hinterhaus ist nicht vorhanden. Die Lage des Bauplazes erfolgte mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Berliner Ortsverwaltung, und diese hat an den Plänen für die Büros der Zahlstelle wesentlich mitgearbeitet. Durch die von den Hamburger Kollegen abgegebenen Erklärungen erklärt sich Leipzig für befriedigt, doch müsse er dagegen, daß Schmidt ihn gegenüber den anderen Vorstandsmitgliedern so herausgestrichen habe, Einspruch erheben. Der Verbandsvorstand ist nicht der Vorstand, dieser besteht aus elf Mitgliedern, von denen jeder seine Pflicht tut. Insbesondere muß aber, wenn von der Führung der Lohnbewegungen gesprochen werde, der Tätigkeit Neumanns gedacht werden. Leipzig schließt mit dem Ausdruck des Dankes für die Anerkennung, die bei aller Kritik die Tätigkeit des Vorstandes gefunden hat. Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung:

**Bericht der Redaktion.**

**Kayser** führt hierzu aus: Die Grundlage, nach denen die Zeitung geleitet werde, hätten auch in den letzten beiden Jahren keine Änderung erfahren: Die „Holzarbeiter-Zeitung“ habe die Aufgabe, die Interessen der Holzarbeiter wahrzunehmen; daneben solle sie ein Organ zur Bildung und Aufklärung der Kollegen sein. Das Organ habe die



### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern** nach Bernau (Liebe Nachf.), Breslau (Waggonfabrik Linde-Hofmann-Werke), Freiberg in Sachsen (Freiburger Möbelfabrik, Inh. Gustav Kurz), Gassen, Lindau i. Bodensee, Lüchow, Rudolstadt (Fa. Jittow), Schönlank, Sorau, Straßburg im Elsaß (Möbelschreinereien), Sulingen, Wittstock, Witten in Holland, Wenz, Schaffhausen.
  - Modellschleimern** nach Breslau (Waggonfabrik Linde-Hofmann-Werke), Gassen.
  - Stuhlbauern und Polsterern** nach Turn-Seppitz in Böhmen.
  - Parfettlegern** nach Danzig (Parfettfabrik Domanski, Jilinski), Hannover (Muh).
  - Drechsler** nach Hersbruck, Schönlank.
  - Berggoldern, Grundratern, Verzickern und Farbigmachern** nach Rudolstadt.
  - Stellmachern** nach Breslau (Waggonfabrik Linde-Hofmann-Werke), München, Stuttgart (Karosseriefabriken Reutter und Auer), Waldkirch.
  - Korbmachern** nach Dömitz (Gebr. Eggers), Benzburg in der Schweiz.
  - Kammern** nach Brix bei Berlin (Blöck), Erlangen, Griesheim (West).
  - Büstenmachern** nach Frankfurt a. M. (Franz), Neuwied a. Rh. (Doeb).
  - Klaviermachern** nach Götting (Sted-Pianofabrik), Kristiania (Gebr. Hals, Orgel, Olsen u. Jørgensen).
  - Werkstatthaltern** nach Danzig (Schiffbauwerkst), Mosen bei Bogesad.
  - Mühlbauern und Monteuren** nach Gassen.
  - Säger und Maschinenarbeiter** nach Kotscherinowo in Bulgarien (Fa. Balabanoff).

wirtschaftliche Seite der Arbeiterbewegung zu verfolgen. Dabei könne man natürlich die politischen Verhältnisse nicht ignorieren. Der Rahmen der „Holzarbeiter-Zeitung“ müsse weiter gesteckt werden als die Betätigung der Organisation. Die politischen Zustände beeinflussen die wirtschaftlichen Verhältnisse. Darum müßten auch die Arbeiter danach streben, daß das Parlament ihren Wünschen entsprechend zusammengesetzt sei. Die Arbeiter müßten sich außerhalb der „Holzarbeiter-Zeitung“ den Kollegen immer wieder gesagt werden. Es sei aber ein Irrtum, anzunehmen, daß dies der Zweck der „Holzarbeiter-Zeitung“ sei. Besonders sei dem Verbandsorgan bei dem Versuch der Politisierung des Verbandes angetreidet worden, daß es die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten empfohlen habe. Hätte das Organ die Wahl von Konservativen befürwortet, würde sicherlich daraus nicht geschlossen worden sein, es wäre ein politisches Blatt. Das Verbandsorgan könne aber nicht für die bürgerlichen Vertreter eintreten, weil deren Tätigkeit mehr oder weniger arbeiterfeindlich sei. Bei der Polemik gegen gegnerische Organe sollten auch die Kollegen vermerken, auf läppische Angriffe in umfangreichen Artikeln zu antworten, den betreffenden Organen würde damit nur eine unerdiente Bedeutung beigelegt. Die Annahme, als ob es nicht zulässig sei, im Verbandsorgan den Vorstand zu kritisieren, sei irrig, zu einer Herabwürdigung des Verbandes werde allerdings der Raum des Verbandsorgans nicht zur Verfügung gestellt. In den Artikeln der Zeitung, welche die Verbandspolitik betreffen, komme die Ansicht des Vorstandes zum Ausdruck, an deren Zustandekommen ja die Redaktion durch die Teilnahme an den Vorstandssitzungen mitgewirkt habe. Wünschenswert wäre aber eine Regelung der rechtlichen Stellung des Redakteurs im Verband. Im Statut ist hierüber nichts bestimmt, und nach dessen Wortlaut könne sogar bezweifelt werden, ob der Redakteur berechtigt ist, am Verbandstag teilzunehmen. Zum Schluß äußert sich der Redner zu den vorliegenden Anträgen und ersucht insbesondere von der Wiedereinführung der Sterbetafel Abstand zu nehmen.

Seibold-Breslau empfiehlt als Berichterstatter der vorberatenden Kommission die Ablehnung der vorliegenden Anträge.

Wendt-Köln ist im allgemeinen mit der Zeitung zufrieden, tadelt aber die abfällige Kritik, welche die „Holzarbeiter-Zeitung“ an der Massenstreikdebatte auf dem letzten Parteitag geübt hat. Die Sterbetafel sollte wieder eingeführt werden, ihre Beseitigung ist unangenehm empfunden worden.

Palmer-Berlin erklärt gleichfalls mit der Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“ zufrieden zu sein. Es muß aber unbedingt vermieden werden, daß Inserate von gesperrten Betrieben in der Zeitung Aufnahme finden.

Fuchs-Wannheim: Die „Holzarbeiter-Zeitung“ wird sehr gut redigiert; auch von Unternehmern ist anerkannt worden, daß sie sich selbst in polemischen Artikeln eines nobelen Tones bediene. Die Kürzung der Korrespondenzen ist nur erwünscht, es ist nicht notwendig, den schlechten Verlesungsbesuch in der Zeitung bekanntzugeben.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Diskussion fortgesetzt.

Renneke-Dortmund: Die Sterbetafel erfüllt keinen praktischen Zweck, sie sollte nicht wieder eingeführt werden. Die vom Redakteur vorgetragene Grundfäße bezüglich der Polemik mit den Organen der kleinen Konkurrenzorganisationen sind richtig und sollten auch von den Kollegen beachtet werden. Redner kritisiert die ohne Zustimmung der Verwaltung erfolgte Aufnahme eines Referats.

Gröschel-Karlsruhe: Es muß ausdrücklich anerkannt werden, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ sehr gut redigiert

wird. Den Berichten aus den Zahlstellen sollte der Raum nicht zu stark beschränkt werden. Die Wiedereinführung der Sterbetafel ist nicht berechtigt, der Raum könnte besser dazu verwendet werden, der sozialen Rechtspflege größere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Sterbetafel würde besser ins Jahrbuch passen.

Gerhardt-Zeig: Die Abwehr der Hirsch-Dunderschen Anwürfe gegen die Hamburger Zahlstelle hätte baldiger kommen sollen.

Rückert-Berlin: Arbeitergesuche aus der Stock-, Ramm- und Haarschmiedbranche sollten dem Zentralarbeitsnachweis dieser Branchen überwiesen werden.

Brücker-Berlin: Die vielen Korbmachergesuche in der Zeitung stammen in erheblicher Zahl aus Betrieben mit wenig geregelten Verhältnissen.

Horn-Hamburg: Die Korrespondenzen in der Zeitung sollten nicht eingeschränkt werden. Gegenüber den Korbmachergesuchen ist in der Regel Vorsicht am Platze.

Hiltz-Nürnberg begrüßt es, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ auch weiter den politischen Vorgängen Aufmerksamkeit schenken will.

Reichmann-Zürich: Den Christen und den Gelben, die in geringer Zahl auch in der Schweiz vertreten sind, haben wir früher im schweizerischen Verbandsorgan größere Beachtung geschenkt. Wir sind aber davon abgekommen. Diese Methode der Ignorierung hat sich als sehr zweckmäßig erwiesen.

Endreß-Frankfurt a. M.: Mit der Tendenz des von Wendt kritisierten Artikels ist sicherlich die große Mehrzahl der Kollegen völlig einverstanden.

Damit ist die Diskussion erschöpft. Nach einem kurzen Schlußwort des Redakteurs wird über die vorliegenden Anträge abgestimmt. Der Antrag, die Sterbetafel wieder einzuführen, wird angenommen. Ebenso auch der Antrag, daß Stellenangebote nur aufgenommen werden dürfen, wenn sie den Stempel der Zahlstelle tragen. Angenommen wird auch der nachstehende Antrag:

„Für Verufe, in welchen Zentralarbeitsnachweise bestehen, sind Inserate in der „Holzarbeiter-Zeitung“ der betreffenden Arbeitgeber nach Arbeitskräften abzulehnen und dem Zentralarbeitsnachweis zu überweisen.“

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wird beschlossen, das Referat über die Lohnbewegung erst am Mittwoch entgegenzunehmen und zunächst mit der

### Statutenberatung

zu beginnen. Der Antrag, die Bezeichnung „Zahlstellen“ durch „Ortsvereine“ zu ersetzen, wird abgelehnt, und ebenso auch die beantragte Aenderung des § 3. Im § 6 wird die Altersgrenze von 17 auf 18 Jahre erhöht. Ein zum § 8 gestellter Antrag, der die Verhältnisse der Mitglieder regelt, die im Ausland in Arbeit treten aber dort keiner Organisation angehören können, wird in abgeänderter Fassung angenommen. Die Anträge, welche die Einführung von Staffelleistungen bezwecken, haben nicht die erforderliche Unterstützung gefunden, werden also nicht zur Diskussion gestellt. Beschlossen wird, von einer Beitragserhöhung abzusehen. Zu § 12 des Statuts hat der Vorstand beantragt, folgende beiden Absätze neu einzufügen:

Mitgliedern, welche durch Alter oder Halbinvaldität nachweislich in ihrer Erwerbsfähigkeit dauernd erheblich beschränkt sind, kann auf ihren Antrag und mit Genehmigung des Verbandsvorstandes der Beitrag derart ermäßigt werden, daß sie bei Entrichtung von sechs Wochenbeiträgen im Vierteljahr ihre Mitgliedsrechte behalten. Zur Abtempelung der übrigen Wochenbeiträge ist das Mitgliedsbuch spätestens am Schluß jedes Vierteljahres vorzulegen. Bei Unterstützungsansprüchen kommt die Zahl der wirklich geleisteten Beiträge zur Anrechnung.

Vorstehende Beitragsermäßigung kann auch solchen Mitgliedern gewährt werden, welche infolge schlechter Konjunktur länger als drei Wochen nur halbe Tage oder halbe Wochen arbeiten können. In diesen Fällen muß mindestens jede zweite Woche ein Beitrag entrichtet werden. Beträgt die Arbeitseinschränkung weniger als die Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit, so sind die Beiträge voll zu entrichten.

Die Kommission empfiehlt diese Anträge zur Annahme. Dann wird abgebrochen.

Die Delegierten begeben sich gemeinsam nach Hellaau, wo unter der Führung des Herrn Direktors Schmidt die muster-gültigen Fabrikanlagen der „Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst“ besichtigt werden. Am Schluß der Besichtigung, bei welcher namentlich der Maschinenaal, und hier wiederum besonders die Flügel- und Reimmaschine das Interesse der sachverständigen Besucher auf sich lenkte, hielt Herr Schmidt einen zum Nachdenken anregenden, kurzen Vortrag über die Kulturbestrebungen, denen die Kolonie Hellaau und die Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst dienen wollen.

Dritter Verhandlungstag (Mittwoch).

Zunächst wird die Beratung des erwähnten Antrages fortgesetzt. Nach längerer Debatte wird der Antrag angenommen. Es folgt der von

Groß-Augsburg erstattete Bericht der Mandatsprüfungskommission. Entsprechend dem Antrage der Kommission werden alle Mandate für gültig erklärt. Die Beratung des 5. Punktes der Tagesordnung

### Unsere Lohnbewegung und Kampftaktik

erfolgt in geschlossener Sitzung. Referent ist Neumann, der einleitend bemerkt, daß er seine Betrachtungen hauptsächlich auf die Tarifbewegung beschränken wolle. Er gibt eine eingehende Darstellung der Tarifbewegung vom Frühjahr 1913, wobei er die Gründe für die Haltung des Vorstandes bei den einzelnen Phasen der Verhandlungen ausführlich darlegt und an verschiedenen Vorgängen Kritik übt. Auf die Notwendigkeit einer straffen Disziplin verweist er sehr nachdrücklich hin. Diese straffe Disziplin vertritt sich sehr gut mit einer richtig verstandenen Gewerkschaftsdemokratie. In seinen weiteren Ausführungen behandelt Neumann die Durchführung der Verträge und die Schwierigkeiten, die es machte, die Unternehmer zur Anerkennung ihrer Vertragspflichten anzuhalten. Die Vertragsbrüche der Unternehmer sind sehr zahlreich, aber der Arbeitgeber-Schutzverband kann uns keine Garantie für die Einhaltung der Verträge bieten. Aus den Erfahrungen bei der letzten Tarifbewegung ergeben sich die Lehren für die

bevorstehende, bei welcher etwa 100 Stöcke und etwa 38 000 Kollegen in Betracht kommen. Die bedeutenden Erfolge, die unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten bei der letzten Tarifbewegung errungen wurden, sind leider bei der Agitation nicht genügend ausgenutzt worden. Statt dessen haben sich manche Kollegen, die sich als Führer betrachten, darin gefallen, an Kleinigkeiten herumzudüngeln und damit die Werbefähigkeit des Verbandes zu schädigen. Der Verbandstag ist die Instanz, die nachzuprüfen hat, ob und wo Reformen in der Verfassung unserer Gewerkschaft notwendig sind. Anschließend an sein Referat empfiehlt Neumann die nachstehende Resolution zur Annahme:

Der Verbandstag erneuert hinsichtlich der Stellung zu den Tarifverträgen die Beschlüsse der Verbandstage vom Jahre 1900 und 1908, die somit auch fernerhin für die Haltung des Verbandes Geltung haben.

Die Tarifverträge erfüllen nur dann ihren wirklichen Zweck, wenn die daran beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter sowie deren einzelne Mitglieder den ernstlichen Willen haben, die Verträge unter allen Umständen auch zu halten. Diesen Willen haben viele Arbeitgeber in den letzten Jahren stark vermissen lassen, und auch die verantwortliche Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat die nötige Garantie für die Durchführung der Verträge nicht zu leisten vermocht. Der Verbandstag legt aus diesen Gründen allen an Tarifverträgen beteiligten Mitgliedern erneut die Pflicht auf, ihrerseits für die strikte Einhaltung der Verträge überall einzutreten und Vertragsverletzungen der Arbeitgeber in allen Fällen auf das entschiedenste und mit allen Mitteln zurückzuweisen. Insbesondere spricht der Verbandstag aus, daß diejenigen Unternehmer, die sogar, wie es leider oft vorgekommen ist, bewußt und beharrlich sich weigern, die materiellen Bedingungen des Vertrages hinsichtlich Arbeitszeit, Lohn und tariflicher Arbeitsweise zu erfüllen, jeden Anspruch auf den Schutz der Vertragsinstanzen vor Arbeitseinstellungen, Sperrern usw. verwirkt haben.

Einer der größten Mängel in unserem Vertragswesen ist die ungenügende Geschäftserledigung durch die meisten Schlichtungskommissionen. In vielen Fällen haben die Arbeitgeberbesitzer nicht nur die Verhandlung über gemeldete Vertragsbrüche ihrer Kollegen abgelehnt, sie haben diese sogar, trotz der klarsten Bestimmungen der Verträge, in der einseitigsten Weise verteidigt und ausgeführt. Die Mitwirkung der Arbeitgeber in den Schlichtungskommissionen ist zumest eine widerwillige, die Erledigung der gemeldeten Beschwerden wird ungebührlich verschleppt und die Beschlüsse der Schlichtungskommissionen, wenn solche überhaupt zustande kommen, werden gar nicht oder nicht einwandfrei zur Ausführung gebracht. Die Art und Weise, wie in den meisten Fällen die Arbeitgeber ihre Aufgabe in den Schlichtungskommissionen auffassen, birgt eine ernste Gefahr für die Verträge in sich, die auch nicht dadurch beseitigt wird, daß die Zentralvorstände als Berufungsinstanz bei Vertragsstreitigkeiten vorgesehen sind, da der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes sich leider in solchen Fällen, ebenso wie seine Ortsvertreter, mehr von Interessenstandpunkt als vom Rechtsstandpunkt leiten läßt. Wenn in diesem Punkte keine weitergehenden Garantien von der Arbeitgeberorganisation gegenüber Vertragsbrüchern seiner Mitglieder zu erlangen sind, wird unfererseits für die etwa weiter abzuschließenden Verträge die Instanz der Zentralvorstände zur Erledigung von Vertragsbeschwerden gänzlich abgelehnt und die endgültige Entscheidung hierüber lediglich den einzelnen Orten überlassen.

Der Verbandstag hält das Verlangen unserer Kollegen, in allen Verträgen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmte Löhne festzulegen, für unbedingt berechtigt und beauftragt den Vorstand und die Ortsverwaltungen, bei den zukünftigen Vertragsabschlüssen auf die Anerkennung solcher Bestimmungen zu bestehen.

Insbesondere ist darauf zu beharren, daß alle in den Vertragsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich der Hilfsarbeiter, die bei der Einrichtung oder Fertigstellung von Arbeitsstücken oder Teilen derselben, im Maschinenraum, beim Heimen, Furnieren und in den sonstigen Betriebsabteilungen, beim Zureichen oder Zutragen des Materials oder der Arbeitsstücke usw. tätig sind, den Verträgen unterstellt und in jeder Beziehung als Vertragsarbeiter anerkannt werden.

Der Verbandstag erklärt ausdrücklich, daß in bezug auf die Führung unserer Lohnbewegung keinerlei Anlaß zu einer Aenderung unserer grundsätzlichen oder taktischen Haltung vorliegt. Den Mitgliedern des Verbandes wird zur Pflicht gemacht, nach den feitherigen bewährten Grundsätzen auch fernerhin ihre ganze Kraft für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kollegen und die Fortentwicklung des Tarifvertragswesens einzusetzen und unausgesetzt für die weitere Stärkung des Verbandes zu wirken, damit dieser den kommenden Kämpfen mit Zuversicht entgegensehen kann.

Die Diskussion wird eröffnet von

Winkelhock-Elberfeld: Die Verkürzung der Arbeitszeit ist angesichts der großen Arbeitslosigkeit die wichtigste Aufgabe. Die Forderung nach Ferien muß ins Rollen gebracht werden. Für die Zusammenlegung der Verträge von Elberfeld und Barmen sollte der Vorstand eine Grundlage ausarbeiten.

Blömer-Düsseldorf: Den Maschinenschreibern muß in den Verträgen mehr Rechnung getragen werden. Das Ueberstundenwesen ist zu bekämpfen, die errungene Arbeitszeitverkürzung ist auf alle Tage der Woche zu verteilen.

Seibold-Breslau berichtet über die Stellung der Kommission zu den vorliegenden Anträgen. Ein Teil von ihnen soll durch die vorgeschlagene Resolution als erledigt gelten. Bezüglich des freien Sonnabendnachmittags soll an dem Beschluß des Verbandstages 1912 festgehalten werden. Bezüglich der Ferien steht die Kommission auf dem Standpunkt, daß solche wohl erstrebenswert sind, doch kann diese Forderung bei den Tarifverhandlungen noch nicht ernstlich vertreten werden, da es sich bei den Mitgliedern des Arbeitgeber-Schutzverbandes hauptsächlich um Kleinmeister handelt.

Mesger-Stuttgart: Das Verlangen nach Ferien ist eine Kulturforderung. Der freie Sonnabendnachmittag gewinnt in Süddeutschland immer größere Bedeutung, wir müssen ihn bei den Vertragsabschlüssen in Erwägung ziehen



**Leipart:** Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß Ferien zu erstreben sind, aber für das, was die vorliegenden Anträge wollen, ist die Zeit noch nicht gekommen. In den Großbetrieben können die Kollegen diese Forderung erheben und durchsetzen, aber bei den Vertragsverhandlungen können wir noch nicht ernstlich dafür eintreten. Bezüglich des freien Sonnabendnachmittag gilt noch die Resolution des Berliner Verbandstages, die erneuert werden soll. Es muß verurteilt werden, daß die Kollegen in einer Reihe von Orten den freien Sonnabendnachmittag angenommen haben unter gleichzeitiger Verlängerung der täglichen Arbeitszeit.

**Kallauer-Mürnberg:** Der Verband kann stolz darauf sein, bei den Vertragsverhandlungen im Jahre 1913 seine Forderungen durchgesetzt zu haben. Auch die große Bewegung der Pinselmacher in Nürnberg ist nach langem Streik zu einem guten Ende geführt worden.

**Panzner-Bayreuth:** Um dem Schutzverband seine Mitglieder zu erhalten, hat dessen Gauvorsitzer Knöllinger die Unternehmung in Bayreuth in dem Widerstand gegen die Durchführung des Schiedsspruches noch bekräftigt.

**Müller-Berlin:** Für die Maschinenarbeiter sollten in den Tarifverträgen Mindestlöhne vorgesehen werden.

In der

**Nachmittags-sitzung**

wird die Debatte fortgesetzt.

**Glöck-Berlin:** Mit der Darstellung, die der Referent von der letzten Tarifbewegung gegeben hat, bin ich einverstanden. Gegen die Zusammenlegung der Vertragsgruppen hatte ich früher Bedenken, es schien mir, als wollten die Unternehmer auf diesem Wege zum Reichstareif kommen. Das Verlangen des Vorstandes, daß seine Anweisungen in allen Verwaltungsstellen befolgt werden, ist berechtigt, soweit sie auf die Beschlässe der Konferenzen usw. basieren, die während der Tarifbewegung veranstaltet werden. Man darf jedoch mit solchen Anforderungen nicht zu weit gehen, denn auch die Beschlässe der Mitglieder an den einzelnen Orten müssen respektiert werden. Die pessimistische Auffassung von der Vertragsfähigkeit der Unternehmer teile auch ich, man muß aber die Unternehmer mit allen Mitteln zwingen, die Verträge zu halten. Der Fortschritt im Inhalt der Verträge ist anzuerkennen, aber die Unternehmer versuchen immer wieder, sich durch allerlei Auslegungskünste ihren Vertragspflichten zu entziehen.

**Schnabel-Halle:** Die Durchführung der Tarifverträge war ein Erfolg der Geschlossenheit unserer Organisation. Die Zusammenlegung der Vertragsgruppen ist unserer Sache förderlich. Wir werden auch künftig an den zentralen Verhandlungen festhalten.

**Wendt-Köln:** In der Durchführung der Tarifbewegung ist wenig zu kritisieren, wir sind damit zufrieden. Ein Fehler war es, daß uns die Unternehmer den Kampf anboten, wir sollten stets in der Offensive sein und uns nicht in die Defensive drängen lassen.

**Langfi-Berlin:** Hinsichtlich der Bestimmungen über den Arbeitsnachweis lassen sich die Unternehmer noch häufig Vertragsbrüche zuschulden kommen.

**Klees-Magdeburg:** Mit den Ergebnissen der Tarifbewegung können wir zufrieden sein.

**Klein-Hamburg:** Wir haben trotz aller Schwierigkeiten unseren Mitgliederstand gehoben und auch die Löhne gesteigert, aber wir können nicht sagen, daß wir die Eigenschaften des Kampfes vom Jahre 1911 voll behauptet hätten. Mit dem Wort Demokratie wird viel Mißbrauch getrieben. Wir wollen nicht nur tun, was man uns heißt, sondern selbst ein Mitbestimmungsrecht haben. Die Schlichtungskommission in Hamburg funktioniert nicht so, wie sie es sollte.

**Geil-Cassel:** Bei der nächsten Lohnbewegung werden wir weniger mit der Macht als mit der Ohnmacht des Schutzverbandes rechnen müssen. Den Vertragsbrüchen der Unternehmer sollten die Mitglieder selbst mit aller Energie und ohne langes Zögern entgegenzutreten.

**Hormann-Bremen:** Die Zusammenlegung der Vertragsgruppen hat bei uns Widerspruch gefunden. Die geringten Vertragsbrüche unserer Kollegen sind eine Folge der Verschleppung der Entscheidungen der Schlichtungskommission.

**Reißner-Zwickau:** Bei unseren Verträgen kommt auch der Industrie-Schutzverband in Betracht. Auch der Verband der Waggonfabriken verdient Beachtung.

**Ropars-Weimar:** Mit der Tätigkeit des Vorstandes sind wir einverstanden. Seine Taktik muß sich nach den Verhältnissen richten, deshalb sollte man ihn nicht auf Einzelheiten festlegen.

**Giesch-Brandenburg:** Die Zahlstellen müssen mehr Bewegungsfreiheit haben.

**Vigner-Adlershof:** Die Tarifverträge sind gut, aber sie werden nicht gehalten.

**Paer-Berlin:** Mit der Durchführung der vertraglichen Lohnerhöhung hatten wir große Schwierigkeiten.

**Schleicher-Stuttgart:** Die Forderung nach Ferien kann auch bei unseren Tarifverträgen berücksichtigt werden. In bezug auf den freien Sonnabendnachmittag hat sich die Situation seit dem vorigen Verbandstag geändert. Er wird in immer weiterem Umfang eingeführt und gilt außer für die Holzindustrie und das Baugewerbe fast allgemein in Stuttgart. Das zwingt uns unsere Stellung zu ändern. Der Berliner Beschluß muß revidiert werden.

**Seritz-Leipzig:** Seit 1908 haben wir unsere Taktik ständig geändert, aber das war notwendig. Die Diskussion hat gezeigt, daß effizientes Einverständnis mit dem Vorstand angewendet. Taktik herrscht. Die Annahme der Resolution wird dem Vorstand den Rücken stärken. Mit der Ferienfrage können wir die Tarifverhandlungen noch nicht veranlassen, vorher sind wichtigere Dinge zu erledigen.

**Robert Schmidt-Berlin:** Die von einigen Rednern empfohlene Selbständigkeit gegenüber dem Vorstand läßt bezweifeln, daß die Notwendigkeiten der neuen Taktik noch nicht allgemein begriffen werden. Demokratie ist das nicht, sondern Anarchie. Demokratie heißt Unterordnung. In die Beschlässe der Gesamtheit und die von dieser angeordneten Direktive. Es wäre zu erwägen, ob nicht bei den nächsten Kampfen die Lohnbewegung gegenüber der Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund zu schieben ist. Hinsichtlich des freien Sonnabendnachmittags sollte man sich nicht durch Beschlässe binden. Dieser freie Nachmittag ist wert-

voller als die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Die Entwicklung führt zum freien Sonnabendnachmittag.

**Raith-München:** Schmidt kommt mit seinen Vorschlägen zu spät. Die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, um den freien Sonnabendnachmittag zu erringen, hat die Sache für uns dringend gemacht. Wir müssen auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bestehen. Man klagt über die Mängel der Schlichtungskommissionen und folgert daraus, daß die Tarifpolitik mangelhaft sei. Aber wo wären wir bei der schlechten Konjunktur ohne die Verträge hingekommen. Auch die langanhaltende Arbeitslosigkeit hat den Mißmut gegen die Tarifverträge hervorgerufen. Der einzelne muß sein Recht selbst wahrzunehmen trachten und nicht immer gleich zur Schlichtungskommission gehen oder warten, bis der Verbandsbeamte kommt. Die Zusammenlegung der Verträge war notwendig, damit auch die Kollegen, für die der Arbeitgeber-Schutzverband nicht in Betracht kommt, auch einmal zum Zug kommen. Wir haben, statt unsere Erfolge agitatorisch auszunutzen, sie verkleinert. Die gefährlichen Angriffe gegen die Beamten erschweren uns die Arbeit. Die Kollegen in den großen Zahlstellen müssen sich ihrer Verantwortung bewußt sein.

Die Debatte wird geschlossen. Im Schlusswort weist Neumann darauf hin, daß die Frage, ob die Zusammenlegung der Verträge zweckmäßig war, mit dem Hinweis zu beantworten ist, was wir wohl angesichts der Krisis getan hätten, wenn wir im Herbst 1913 vor der Frage der Vertragsauflösung gestanden hätten. Die Aenderung der Taktik seit 1908 war eine Notwendigkeit. Bei unseren Forderungen muß nach wie vor die Arbeitszeitverkürzung an erster Stelle stehen, aber es liegt auch kein Anlaß vor, über diese Frage zu streiten. Bei unserer Bewegung muß der Vorstand das Steuer fest in Händen halten. Bei unseren Tarifverhandlungen, bei denen Kleinmeister mit durchschnittlich drei bis vier Gesellen in Frage kommen, lassen sich Ferien nicht ernsthaft vertreten. Zum freien Sonnabendnachmittag haben wir auf dem Verbandstag in Berlin programmatisch Stellung genommen und an der dort vertretenen Auffassung wollen wir festhalten. Neumann geht auf die im Laufe der Debatte erwähnten Momente des näheren ein und erklärt zum Schluss, daß es ihn mit Befriedigung erfüllt, daß trotz seiner Herausforderung von keiner Seite ernstlich der Versuch gemacht worden sei, eine andere Taktik zu empfehlen.

Die Abstimmung über die Resolution und die vorliegenden Anträge wird ausgeführt bis nach Erledigung der Erörterung über den Werftarbeiterstreik.

**Zweiter Verhandlungstag (Donnerstag).**

Auf der Tagesordnung steht

**Der Werftarbeiterstreik und seine Lehren.**

Auf Vorschlag von Leipart wird zunächst das Referat von

**Dammer-Bremen** entgegengenommen. Redner betont einleitend, das Gesamtinteresse des Verbandes erfordere, daß allen Mitgliedern in ihrem Ringen mit dem Unternehmertum der Schutz des Verbandes zur Seite stehen müsse. Er gab dann ein Bild der Verhältnisse auf den Werften. Wie durch das rigorose Verhalten der Unternehmer die Kollegen erregt wurden, das Gefühl der Vergeltung wuchs. Die Konjunktur sei bei der Bewegung 1913 eine ausgezeichnete gewesen, die Arbeiter gut organisiert. Redner ging dann auf die Bewegung näher ein. Die zu wartende Stellung des Vorstandes während der Bewegung war Berechnung. Dem Vorstand war es nicht ernst mit der Bewegung, mit einem offenen Kampf auf den Werften. Die Unentschlossenheit der Vorstände, das Sichselbstüberlassen der Verhandlungskommission brachte es zuwege, daß das Eingreifen der Vorstände zu spät kam und auch nicht ernst genommen wurde. War dieses Verhalten der Vorstände nicht geeignet, bei den Werftarbeitern den zurückgehaltenen Groll zur Explosion zu bringen? Die Arbeiter erblickten in dem Verhalten der Vorstände eine Verschleppung ihrer Angelegenheit. Die Werftarbeiter waren sich bei dieser Bewegung darüber klar, daß der Kampf bis auf des Messers Schneide geführt werden sollte. Und nun auf einmal sollten sie wieder zurückweichen, eine abwartende Stellung einnehmen. Da war es doch begreiflich, daß das Gros der Werftarbeiter sich dagegen wehrte und die Arbeiter der Firma Blohm u. Voß die Arbeit niederlegten. Sind die Werftarbeiter wegen dieser Arbeitsniederlegung zu verurteilen? Der Vorstand sagt ja, wir sagen nein. Gewiß, ein Disziplinbruch war es. Aber die Vorstände hätten sich in die Lage der Werftarbeiter hineinfühlen müssen, dann hätten sie deren Handlungsweise verstanden. Statt dessen wurde den Streikenden die Unterstützung verweigert. Es wurde nicht einmal der Versuch gemacht, Ordnung in die Bewegung zu bringen; man kam sofort mit Strafbestimmungen. Unser Vorstand hat da mitgemacht und hat sich dieserhalb hier zu verantworten. Ist der starre Buchstabe des Gesetzes in Anwendung zu bringen, wenn die Begleitumstände zu dem Vergehen der Werftarbeiter führen mußten? Hier muß untersucht werden, ob die Machtverhältnisse des Vorstandes nach dieser Richtung hin reformbedürftig sind. Unser Vorstand hätte anders handeln können; er hätte sich nicht nach den Metallarbeitern richten brauchen. Die Arbeiter wurden widerstandslos dem Unternehmertum wieder ausgeliefert. Die Generalversammlung der Metallarbeiter sagte wider Erwarten den jeder Logik widersprechenden Beschluß, daß die Arbeit wieder aufzunehmen sei, daß den Streikenden aber die Unterstützung gewährt werden soll. Ich zweifle daran, daß unser Verbandstag den gleichen Beschluß gefaßt hätte. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit hat der Vorstand keine Schritte unternommen, daß die Arbeitseinstellung ohne den Unternehmensnachweis erfolgte. Warum wurde nicht verlangt, daß jeder wieder an seinen alten Platz kam? Sie kennen die Schifanen der Unternehmensnachweise! Diesen wurden die Kollegen ausgeliefert. Unsere frühere Position gegenüber diesen Nachweisen wurde durch ein einfaches Dekret der Vorstände bekräftigt. Es wird schwer halten, diese zurückzugewinnen. Die Mitglieder mußten sich mit dem, was die Vorstände beschloßen abfinden. Ist es da unbillig, wenn in unseren Versammlungen gesagt wurde, das ist Autokratie, nicht Demokratie? Tausende mußten sich dem Willen weniger fügen. Ein klein wenig Mitbestimmungsrecht, ein klein wenig mitreden wollen die Mitglieder aber doch auch.

Es wurde gesagt, das Gesamtinteresse des Verbandes sei in den Vordergrund zu stellen. Die Werftarbeiter haben aber immer das Gesamtinteresse des Verbandes gewahrt. Warum hat der Vorstand die weitere Stellungnahme nach der Generalversammlung der Metallarbeiter nicht mit den Kollegen beraten, sondern einfach dem Beschluß der Metallarbeiter Rechnung getragen? Die Einwendung, daß wir nur 8 Prozent der Beteiligten ausmachten, ist nicht stichhaltig. Die späteren Konflikte innerhalb der Organisation hätten vermieden werden können, wenn der Vorstand mit den Kollegen beraten hätte. Da ist die Frage zu stellen: Ist unser Vorstand an all den Vorkommnissen unschuldig, oder trifft auch ihn die Schuld, mit dazu beigetragen zu haben, daß diese Bewegung diesen unglücklichen Ausgang nahm? Waren wir an der Grenze unserer Macht angekommen? Ueber diese Frage gehen die Meinungen auseinander. Ich verneine sie. Es war kein berechtigter Grund dafür vorhanden, daß der Vorstand die Bewilligung zu der Bewegung versagte. Der Zweck der heutigen Auseinandersetzung soll nur sein, Maßnahmen zu treffen, die Interessen der Kollegen in gemischten Betrieben besser zu wahren. Wir haben alle Ursache, daß sich solche Vorkommnisse, wie bei der Werftarbeiterbewegung, nicht wiederholen, sonst wird die Stohkraft des Verbandes geschwächt. Ich möchte Sie bitten, unseren Anträgen, die den Mitgliedern ein größeres Mitbestimmungsrecht geben wollen, zuzustimmen. Unter der Werftarbeiterchaft herrscht Einmütigkeit. Die Vorstände müssen aber den Wünschen der Werftarbeiter Verständnis entgegenbringen. Wir wollen ein einzig Volk von Brüdern sein. Ich hoffe, daß der Vorstand in Zukunft zusammen mit den Werftarbeitern arbeiten wird, so daß solche Vorkommnisse unmöglich werden.

Neumann hebt in seiner Erwiderung hervor, daß es Dammer nicht gelungen sei, auch nur etwas in der Broschüre des Vorstandes über die Werftarbeiterbewegung als unwarhaft oder unrichtig hinzustellen. Der Verband müsse bei der Werftarbeiterbewegung damit rechnen, daß die Holzarbeiter nur eine kleine Minderheit auf den Werften sind. Bei einer Aussperrung im Baugewerbe kommen auch zahlreiche Mitglieder von uns in Betracht. Da wird aber von unseren Kollegen nicht viel Aufhebens gemacht. Wir verlangen von den Bauarbeitern nicht den Einfluß auf die Bewegung, wie ihn die Werftarbeiter verlangen. Von einer Verschleppung der Werftarbeiterbewegung durch die Vorstände kann nicht geredet werden. Die Vorstände standen auf dem Standpunkt, daß bei den Verhandlungen mit den Unternehmern die Werftarbeiter zunächst selbst zu Worte kommen müßten. Wenn dieser Weg erschöpft sei, dann erst sollte die Reihe an den Vorständen sein. Wie kann man nun den Vorständen daraus einen Vorwurf machen? Als die Verhandlungen mit den Werftkollegen gescheitert waren, beschloßen die Vorstände, vor die Front zu treten. Das waren sie den Kollegen schuldig; sie taten es nicht, um die Sache zu verschleppen, sondern um den Unternehmern zu zeigen, daß die gesamten Organisationen hinter den Werftarbeitern standen. Die Vertrauensleute waren damit einverstanden, daß die Vorstände sich an die Unternehmer wendeten. Diesen wurde drei Tage Bedenkzeit gelassen. Vor Ablauf dieser Frist legten die Werftarbeiter in Hamburg die Arbeit nieder. Wir boten den Unternehmern Verhandlungen an, und die Kollegen verließen uns und liefen aus der Arbeit. Die Unternehmer nützten diesen Widerspruch zwischen Führern und Arbeitern natürlich aus. Der Streik war mit keiner Erklärung zu fließen. Wir mußten die Arbeitsniederlegung als Disziplinbruch bezeichnen und den anderen Kollegen sagen, macht es nicht nach. Dies nützte aber nichts, die Arbeitsniederlegung wurde allgemein. Da mußten wir uns fragen, welcher Schaden wird der ganzen Gewerkschaftsbewegung durch solche Vorkommnisse erwachsen? Wir haben eingehend geprüft, wie das Unglück abgewendet werden konnte. Die Vorstände kamen aber einheitlich zu dem Standpunkt, daß es einen anderen Ausweg nicht gibt. Der Streik konnte nicht sanktioniert werden. Die Vorstände taten, was sie der gesamten Gewerkschaftsbewegung schuldig waren. Sie hielten nun mit ihren Kollegen Versammlungen ab. Unsere Kollegen verlangten von uns, wir sollten die Haltung der übrigen Vorstände nicht mitmachen und den Streik gutheißen. Das haben wir abgelehnt. Hätten wir es getan, dann standen wir isoliert. Wäre es im Interesse unserer Kollegen gewesen, wenn wir allein vorgegangen wären? Nein, von einer Anerkennung des Streiks konnte auch bei uns keine Rede sein. Hätten wir sollen anders handeln, hätten wir den Kampf gegen die Unternehmer, gegen die anderen Verbände allein aufnehmen sollen? Was wäre erreicht worden? Das Unternehmertum hätte uns an die Wand gedrückt.

Das konnten selbst die Werftarbeiter nicht verlangen. Die Kollegen bekamen ihre Unterstützung, aber grundsätzlich hielten wir an dem Standpunkt der Vorstände fest. Dem Beschluß der Metallarbeitergeneralversammlung traten alle übrigen Verbände bei. Was wollten wir tun? Wir beriefen die Kollegen zu einer Konferenz zusammen. Und sie erklärten uns, daß von einer Arbeitsaufnahme durch die Holzarbeiter keine Rede sein könne. Auf alle Fälle dürfte der Unternehmensnachweis nicht anerkannt werden. Wir erklärten, daß wir auch jetzt die gleiche Haltung bewahren müssen, wie die übrigen Organisationen. Wir konnten keine Konzessionen machen und uns in Widerspruch mit den anderen Organisationen setzen. Wenn niemals eine konsequente Haltung des Vorstandes nötig war, dann da. Wären wir umgeklappt, dann hätten die Hamburger erst recht beschloßen, daß sie uns nicht mehr als ihre Führer ansehen können. Niemand konnte ernstlich verlangen, daß wir in diesem Augenblick den Arbeitsnachweiskampf ausnahmen. Unsere Kollegen haben sich sehr bald von der Nichtigkeit des Standpunktes des Vorstandes überzeugt. Mehrere Orte wurden geschlossen, mit den übrigen Werftarbeitern gemeinsam zu handeln. Die Hamburger beschloßen natürlich das Gegenteil von dem was der Vorstand empfahl, sie wollten die Arbeit nicht durch den Arbeitsnachweis aufnehmen. Die Unternehmer griffen das sofort auf und erklärten, sie ließen sich diese Haltung der Holzarbeiter nicht gefallen. Die Holzarbeiter waren nun die Schuldigen. Da sagt man uns, der Vorstand habe das Statut verlegt. Diesem Vorwurf fehlt jede Berechtigung. Die Mehrheit der Werftkollegen hatte beschloßen, die Arbeit wieder aufzunehmen, die Hamburger, Bremer und Bremerhavener Kollegen fügten sich



aber nicht, sie streikten weiter. Wir mußten die Verantwortung dafür ablehnen. Was bleibt nun übrig von all dem Vorwürfen, daß wir nicht aus der Reihe tanzten? Die Schieber im Metallarbeiter-Verband wollten das Ansehen, das unser Verband genießt ausnützen und durch die Holzarbeiter den Beschluß ihrer Generalversammlung durchsetzen. Unsere Kollegen verlangten von uns, daß wir dies mitmachten, wir sind aber festgeblieben. Hätten wir uns in das Schlepptau der Stimmungen nehmen lassen, wir ständen heute schlechter da. Gewiß, es sind Fehler gemacht worden. Man hätte den Werftarbeitern die Führung des Kampfes nicht überlassen sollen. Wir geben auch zu, daß die Erklärung der Vorstände auch besser unterblieben wäre. Die grundsätzliche Haltung hätte aber nicht anders sein können. Und nun entscheiden Sie, ob der Vorstand verdient, so verdammt zu werden, wie Dammer es verlangt hat.

Hier wird abgebrochen. Die Nachmittagsung fällt aus, da die Delegierten einer Einladung der Dresdener Kollegen folgend, einen Ausflug in die Sächsische Schweiz unternahmen.

**Fünfter Verhandlungstag (Freitag).**

**Schleier-Stuttgart** berichtet namens der Bescheidungskommission über den ihr überwiesenen Antrag, der Zahlstelle Bremerhaven, die dieser vorenthaltene Streikunterstützung nachträglich zu bewilligen. Der Antrag der Kommission geht dahin, der Zahlstelle die Unterstützung für eine Woche zu bewilligen und den Betrag auf 6000 Mk. zu bemessen.

**Pleninger-München** beantragt die Diskussion über den Verzicht darauf abzulassen, daß nur je drei vorher bestimmten Rednern aus den Werfstorten und aus dem Binnenland das Wort erteilt wird. Dieser Antrag wird mit 83 gegen 71 Stimmen abgelehnt.

**Jhin-Hannover** schlägt folgende Resolution vor:

Die Delegierten des 10. Verbandstages des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes bedauern den unglücklichen Ausgang der Werftarbeiterbewegung, insbesondere deshalb, weil die Holzarbeiter auf den Seeschiffswerften auch in diesem Kampfe gewillt waren, die Beschlüsse der Werftarbeiterkonferenzen einzuhalten.

Der Verbandstag verurteilt auf das entschiedenste den Disziplinbruch derjenigen, welche die Veranlassung zum Ausbruch gegeben haben, aus dem sich die Stellung und Haltung der auf den Seeschiffswerften in Betracht kommenden Vorstände der Organisationen auf Grund ihrer Statuten ergibt.

Die Haltung unseres Vorstandes billigt der Verbandstag, mit Ausnahme der bekannten Erklärung, und bringt erneut zum Ausdruck, daß die Statuten unserer Organisation auch fernerhin eingehalten und zur Anerkennung gebracht werden müssen.

Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, die Werftkollegen in ihrem Streben nach Verbesserung ihrer Lage tatkräftig zu unterstützen und androhte Verhärterungen der Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer energisch zurückzuweisen.

An die Kollegen in den Werfstorten richtet der Verbandstag die Aufforderung, nunmehr den Streit aufzugeben und erneut für die Ausbreitung und Stärkung des Verbandes zu wirken, um in gemeinsamer Arbeit mit der Leitung des Verbandes dem Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen die Wege zu ebnen.

Diese Resolution ist ausreichend unterstützt und wird mit zur Debatte gestellt.

**Richmann-Hannover:** Den Werftarbeitern sind bei ihrem Disziplinbruch mildernde Umstände zuzubilligen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Arbeitseinstellung auf das Wirken einzelner Personen zurückzuführen ist. Der Vorstand hätte erwägen sollen, ob der einmal begonnene Streit nicht weiterzuführen ist. Man kann es schließlich billigen, daß die Unterstützung für den nichtgenehmigten Streit verweigert wurde, aber die „Erklärung“ der Vorstände war ein Selsuftritt. Von beiden Seiten wurden Fehler gemacht, die sich nicht wiederholen dürfen.

**Lindner-Hamburg:** Daß die plötzliche Arbeitsniederlegung ein großer Fehler war, haben wir nie bestritten. Den größten Widerstand haben wir dem Ansinnen entgegengestellt, den Unternehmerarbeitsnachweis zu benutzen. Das Zugeständnis Neumanns, daß auch der Vorstand Fehler gemacht habe, hat uns befriedigt. Wir Holzarbeiter waren der Leidende Teil; wir sind durch den Disziplinbruch der Metallarbeiter in die schwierige Situation veretzt worden.

**Gerde-Leipzig** beantragt, nun noch je zwei Redner sprechen zu lassen. Dieser Antrag wird unter Ablehnung eines gleichzeitig gestellten Antrages auf Schluß der Debatte angenommen.

**Kaith-München:** Was hätte wohl der Verbandstag gesagt, wenn ein solcher Disziplinbruch in einer kleineren Zahlstelle vorgekommen wäre, wo sich die Kollegen in einer wirklich traurigen Lebenslage befinden? Diese Frage wäre dann wohl schwerlich als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt worden. Dammer hat sachlich referiert und das Ansehen unseres Verbandes gewahrt. Er hat zugestanden, daß die Werftarbeiter über das Ziel hinausgeschossen haben und gezeigt, daß sie jetzt ruhiger urteilen. Das Mitbestimmungsrecht der Kollegen, das er verlangt, ist durch die vielen Konferenzen reichlich gewahrt worden. Durch Maßregelungen dürfen wir uns nicht provozieren lassen. Gerade den kapitalkräftigen Werftbesitzern gegenüber muß strengste Disziplin gewahrt werden. Das Gefühl, daß die Disziplinwidrige Arbeitseinstellung wohl vorbereitet war, läßt sich nicht verschweigen. Die Stoßkraft des Verbandes, die unter der Disziplinwidrigkeit der Kollegen gelitten hat, wäre noch mehr geschwächt worden, wenn der Vorstand den Wünschen der Werftarbeiter nachgegeben hätte.

**Schlüter-Bremerhaven:** Durch die vielen Verhandlungen wurden die Kollegen mißmutig, die Ansicht festigte sich bei ihnen, daß die Bewegung verschleppt werden soll. Wir entschuldigen die Arbeitseinstellung der Hamburger Metallarbeiter nicht, auch an den anderen Orten hätte weiter gearbeitet werden müssen. Uns war versprochen worden, daß die Veröffentlichung der „Erklärung“ unterbleiben würde. Als sie dennoch erfolgte, hat das die Erbitterung noch gesteigert. Ueber 20 Prozent der Werftarbeiter gehören dem Metallarbeiter-Verband nicht an, die anderen

Verbände hätten deshalb den Beschlüssen der Metallarbeiter nicht ohne weiteres zustimmen dürfen. In Bremerhaven hatten wir durch intensive Arbeit unserem Arbeitsnachweis Anerkennung verschafft; nun wurde von uns verlangt, die Früchte dieser langjährigen Arbeit preiszugeben durch Bestätigung des Arbeitsnachweises der Werften. Redner befragt zum Schluß den Antrag der Zahlstelle Bremerhaven unter Hinweis auf deren schwierige finanzielle Lage.

**Glöck-Berlin:** Die Vorstände, besonders aber der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes, haben die Werftbewegung nicht mit der genügenden Vorsicht und dem erforderlichen taktischen Geschick eingeleitet. Insbesondere wäre es notwendig gewesen, in die Verhandlungskommission Verbandsvertreter zu delegieren. Dadurch wären viele Unannehmlichkeiten verhindert worden. Die Vorstände, die die Leitung der Bewegung dem Metallarbeiter-Verband überlassen haben, haben dessen Vorschläge zugestimmt, sie hätten aber nicht zu allem ja sagen brauchen. Ihren Disziplinbruch haben die Werftarbeiter zugegeben. Die Vorstände hätten, ehe sie die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßten, von den Werftbesitzern die Zusicherung verlangen müssen, daß sie nach Wiederaufnahme der Arbeit zu Verhandlungen bereit seien. Die Herausgabe der „Erklärung“ der Vorstände war ein Fehler. Nachdem die Erklärung veröffentlicht war, konnten die Vorstände nicht anders handeln, wie gesehen. Aber auch die Haltung der Werftkollegen ist verständlich. Der Vorstand muß bei künftigen ähnlichen Bewegungen sorgfältig abwägen, welche Stellung er einzunehmen hat.

**Leipziger-Niemand** ist im Saale, der die Zustände bei den Arbeitsnachweisen nicht ebenso beklagt wie Dammer. Wir alle waren über die Nachgelüste der Unternehmer empört. Aber daselbe Schicksal haben auch schon Kollegen anderer Orte über sich ergehen lassen müssen, wenn es ihnen nicht gelang, den Kampf siegreich zu beenden. Im Grunde unterscheidet sich der Werftarbeiterkampf von anderen Bewegungen nicht. Wir haben die gleichen Erfahrungen anderswo schon gemacht. Gerade diese schmerzhaften Folgen wilder Streiks haben uns ja zu unseren statutarischen Bestimmungen über Streiks veranlaßt. Und nach diesen Bestimmungen konnte der Vorstand den Werftarbeitern gegenüber nicht anders handeln. Die Erklärung der Zentralvorstände hat konstatiert, daß die Arbeitsniederlegung statutenwidrig sei und darum keine Unterstützung gewährt werden könne. Es mußte zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht alle Mitglieder der Verbände das Vorgehen der Streikenden billigten. Es lag im Interesse der Verbände, der Deffektivität eine Klarstellung zu geben. Der ganzen organisierten Arbeiterschaft mußte Rechenhaft gegeben werden. Wir verurteilen also nicht die Erklärung, sondern sind nur der Meinung, daß sie hätte gemildert werden können. Dammer sagte, wir hätten den Kampf nicht gewollt. Das ist nicht richtig, wir haben bewiesen, daß wir vor keinem Kampf zurückweichen. Es ist demagogisch, wenn Dammer sagte, was drei beschließen, dem sollten sich Laufende fügen. Es handelte sich aber nicht um die drei, sondern um die Ausführung von Verbandstagsbeschlüssen, um die Grundsätze unserer Organisation. Dammer sagte ferner, der Vorstand werde alle Mienen springen lassen, um die Anträge der Werftarbeiter zu Fall zu bringen. Wir überlassen die Entscheidung ruhig dem Verbandstag, wir legen keine Mienen. Wir sind gern bereit, unsere Urteile über die Vorgänge bei der Werftarbeiterbewegung zu mildern; wir wollen gern darauf verzichten, die Werftarbeiter zu verurteilen. Es gibt wohl nur wenige unter uns, die nicht einsehen, daß von den Werftarbeitern Fehler gemacht worden sind. Wir können es darum bei der Aussprache belassen und brauchen keinen besonderen Beschluß darüber zu fassen.

**Bormann-Bremen** gibt noch einmal eine Darstellung der Entwicklung der Werftbewegung und betont, daß ebenso wie Neumann die Beschlüsse des Verbandsvorstandes auszuführen hatte, er als Streikleiter in Bremen die Interessen der dortigen 600 streikenden Werftkollegen wahrgenommen habe.

Damit ist die Diskussion geschlossen. **Jhin** zieht seine Resolution zurück. Nachdem die beiden Referenten, Dammer und Neumann, die in der Diskussion behandelten Fragen noch einmal beleuchtet hatten, wird zur Abstimmung geschritten. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, die beim Punkt Lohnbewegung zurückgestellt worden war, wird einstimmig angenommen. Der Antrag der Bescheidungskommission bezüglich der Zahlstelle Bremerhaven wird unter Erhöhung der bewilligten Summe auf 10 000 Mk. angenommen.

Ferner fanden Anträge Annahme, die Vorstand und Gauvorstände beauftragen, daß sie der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in kleineren Orten und rückständigen Industriebezirken ein besonderes Augenmerk widmen, sowie Lohnbewegungen solcher Zahlstellen vor allen anderen bevorzugen. Bei Genehmigung von Lohnbewegungen durch den Verbandsvorstand sollen vor allen Dingen die Orte berücksichtigt werden, wo eine längere als 5 1/2 stündige Arbeitszeit besteht. Der Frage der Arbeitszeitverkürzung soll bei Tarifabschlüssen eine noch größere Aufmerksamkeit zugewendet werden als bisher. Die Einführung von Arbeiterferien beim Abschluß von Tarifverträgen zu fordern, soll den Kollegen überlassen bleiben. Bezüglich des freien Sonnabendnachmittag wird der Beschluß des Berliner Verbandstages erneuert. Annahme findet auch der folgende Antrag der Kommission:

Bei Lohn- und Tarifbewegungen sind für alle örtlichen Sitzungen und Verhandlungen die Entschädigungen aus der Lokalkasse zu decken. Die Hauptkasse trägt die Kosten für alle zentralen Verhandlungen und aus Anlaß von Lohnbewegungen notwendigen Konferenzen, welche vom Vorstand einberufen oder angeleitet werden. — Etwasige Ausnahmen hiervon unterliegen der Entscheidung des Vorstandes.

Es folgt die Fortsetzung der Statutenberatung.

Der zum § 13 gestellte Antrag, die Gewährung von Lokalkassentilgung während der Karenzwoche durch das Statut als unzulässig zu bezeichnen, wird abgelehnt, aber betont, daß damit der Beschluß des Berliner Verbandstages, welcher die Gewährung der Unterstützung in der Karenzwoche entschieden verurteilt, bestehen bleibt.

Angenommen wird ein Antrag, wonach die Mitgliederbeiträge am Arbeitsort zu entrichten sind.

Der Antrag des Verbandsvorstandes auf Verlängerung der Unterstützungsdauer bei der Arbeitslosenunterstützung wird von **Leipziger** unter Hinweis auf das umfangreiche vorliegende Material kurz begründet. Er verweist darauf, daß es bedenklich erscheine, eine solche Mehrausgabe ohne gleichzeitige Deckung zu beschließen. Jedenfalls könne der Vorstand eine Verantwortung für eine weitere Ausdehnung der Unterstützung, als es der vorliegende Antrag will, nicht übernehmen.

**Schlüter**-Chemnitz findet den Antrag des Vorstandes schon sehr bedenklich. Wenn dafür keine weitere Begründung gegeben werde, müsse er ihn ablehnen. In der

**Nachmittagsung** wird die Diskussion fortgesetzt.

**Hammel-Berlin** tritt für Ausdehnung der Unterstützung auf acht Wochen ein.

**Schlüter**-Wiesbaden: Ohne Beitragserhöhung ist ein Ausbau der Unterstützung nicht möglich.

**Dörfer-Fürth:** Den Ursachen der Arbeitslosigkeit muß größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Antrag des Vorstandes ist anzunehmen. Eine Beitragserhöhung wird nicht zu vermeiden sein.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag des Vorstandes, die Arbeitslosenunterstützung auf sieben Wochen auszudehnen, wird angenommen, die weitergehenden Anträge werden abgelehnt. Zum § 35 des Statuts wird folgender Antrag angenommen:

Vorübergehende Arbeitsunterbrechung (Aussetzen) ist als Arbeitslosigkeit zu erachten, wenn sie ununterbrochen länger als eine Woche dauert, nicht durch Feiertage verursacht, sondern durch Arbeitsmangel verschuldet und durch den Arbeitgeber veranlaßt ist und wenn die betroffenen Mitglieder sich ordnungsgemäß melden und zur Kontrolle stellen. Für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung gelten auch in solchen Fällen die entsprechenden Vorschriften des Statuts, jedoch werden gesetzliche und ortsübliche Feiertage für die Karenzwoche und Unterstützung nicht mitgerechnet.

Mitgliedern, welche infolge schlechter Konjunktur länger als drei Wochen nur halbe Tage oder halbe Wochen arbeiten können und denen demzufolge die in § 12 Abs. 6 vorgesehene Beitragsermäßigung gewährt ist, können die Tage des Aussetzens bei nachfolgender Arbeitslosigkeit, wenn sie nicht länger als vier Wochen zurückliegen, auf die Karenzwoche angerechnet werden.

Dem § 36 des Statuts werden auf Antrag des Vorstandes folgende neuen Absätze angefügt:

Ob einem zugereisten Mitglied am Orte Arbeit nachweisbar in Aussicht steht, unterliegt der Entscheidung der Lokalverwaltung. Hat das Mitglied am Tage der Meldung noch keine Reisedauer von mindestens vier Wochen hinter sich, so steht ihm auch im besagten Falle der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung am Orte erst vom achten Tage nach der Meldung der in Aussicht gestellten Arbeit zu.

Zugereisten Mitgliedern, welche die Karenzwoche für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung am Orte noch nicht absolviert haben, darf auch in den Fällen, wenn sie innerhalb vier Wochen (§ 41) wieder arbeitslos werden, die frühere Arbeitslosigkeit auf der Reise nur dann zur Erfüllung der Wartezeit angerechnet werden, wenn die Reisedauer mindestens vier Wochen betragen hat.

Als zugereiste Mitglieder in vorstehendem Sinne gelten auch solche, welche zuletzt in der betreffenden Zahlstelle gearbeitet haben und nach einer kürzeren Reisedauer als vier Wochen wieder an diesen Arbeitsort zurückkehren.

Im § 41 wird der erste Absatz gestrichen und dafür folgender Wortlaut beschlossen:

Hat ein Mitglied die sieben tägige Wartezeit erfüllt (§§ 34, 35), aber bei Wiederaufnahme der Arbeit den in § 29 festgesetzten Höchstbetrag der Unterstützung noch nicht bezogen, so bleibt der Anspruch auf sofortige Unterstützung (ohne Wartezeit) bis zum Höchstbetrage auch bei jeder späteren Arbeitslosigkeit bestehen, sofern das Mitglied inzwischen nicht ununterbrochen länger als vier Wochen gearbeitet hat und die frühere Arbeitslosigkeit gemäß § 33 gemeldet war.

Weiter wird als Zusatz zu diesem Paragraphen beschlossen:

Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit von kürzerer Dauer können zur Erfüllung der sieben tägigen Wartezeit zusammengerechnet werden.

Entsprechend der beschlossenen Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung wird auch der Erhöhung der Höchstflöhe der Reiseunterstützung zugestimmt.

Zu der vom Vorstand beantragten Abschaffung der Kilometerberechnung bei der Reiseunterstützung und ihrem Ersatz durch Tagegelder, beantragt die Kommission, die Tagegelder für Mitglieder, die 260 und mehr Beiträge gezahlt haben, auf 1,25 Mk. zu erhöhen. Dieser Antrag wird vom Vorstand mit dem Hinweis auf die hierdurch entstehenden Mehrkosten bekämpft. Nach kurzer Diskussion zieht die Kommission ihren Antrag zugunsten des Vorstandsantrages zurück. Der § 19 wird in der Fassung des Vorstandsantrages angenommen.

Bezüglich der Aufenthaltsunterstützung im § 23 des Statuts beantragt die Kommission, die Orte, in welchen eine solche zu gewähren ist, im Statut nicht mehr zu nennen, sondern den Vorstand zu ermächtigen, die in Frage kommenden Orte zu bestimmen. Der Verbandstag stimmt dem zu.

Die Anträge, welche eine Abänderung der §§ 44 bis 52 betreffend Streikunterstützung bezügen, werden abgelehnt. Angenommen wird nur der Antrag des Verbandsvorstandes, im letzten Absatz des § 51 den letzten Satz wie folgt zu ändern:

Ebenso steht weiblichen und jugendlichen Mitgliedern, welche die Karenzzeit noch nicht erfüllt haben, eine Unterstützung von 3 Mk. pro Woche ohne Wartezeit zu.

Im § 53 des Statuts wird bestimmt, daß die Familienunterstützung für abgereiste Streikende die Hälfte der Streikunterstützung beträgt. Der von der Kommission



gestellte Antrag, dem § 13 Absatz 4 folgenden Zusatz anzuhängen: Zusätze zur Krankenunterstützung des Verbandes dürfen aus der Lokalkasse nicht gewährt werden, wird nach längerer Debatte abgelehnt und ebenso alle anderen die Krankenunterstützung betreffenden Anträge. Das gleiche Schicksal haben auch die Anträge, welche eine Veränderung der Unterstützung in Sterbefällen und der Unterstützung zur Krankenunterstützung zum Zweck haben. Dem § 80 des Statuts wird auf Antrag des Vorstandes der folgende Absatz angefügt:

War ein jungliches Mitglied bei der Umschreibung noch nicht unterstützungsbevorzugt, so erlangt es die Bevorzugung, sobald es insgesamt 52 Beiträge (jungliche und volle Wochenbeiträge zusammengerechnet) geleistet hat. Es dürfen jedoch nur die halben Unterstützungsätze zur Auszahlung kommen, solange einschließlich der umgerechneten junglichen Beiträge noch keine 52 Vollbeiträge geleistet sind.

Zum § 192, der die Aufgaben des Verbandsvorstandes umschreibt, beantragt die Zahlstelle Berlin einen Vorstandsausschuss einzusetzen, der nach dem Antrag gebildet wird aus je einem Vertreter jedes Gaues und dem Vorsitzenden des Ausschusses. Die Wahl der einzelnen Vertreter erfolgt jeweils nach dem Verbandstag im Vorort des Gaues. Der Beirat hat jährlich mindestens einmal zusammenzutreten. Auf Beschluss des Verbandsausschusses muß eine außerordentliche Sitzung des Vorstandes und Vorstandsausschusses stattfinden.

Die Kommission schlägt vor, diesen Antrag abzulehnen und folgende Resolution anzunehmen:

Der Verbandstag erkennt an, daß bisher schon bei allen wichtigen Anlässen in bestmöglicher Weise eine vorherige Verständigung zwischen dem Vorstand, den Gauvorsitzenden und den beteiligten Kollegen stattgefunden hat und kein Anlaß besteht, an diesem Zustand grundsätzlich etwas zu ändern.

Um dem vorhandenen Bedürfnis einer möglichst umfassenden und schnellen Information in weitergehendem Maße zu entsprechen, wird dem Vorstand zur Erwägung anheimgegeben, solche Konferenzen, wie sie bisher schon mit den Gauvorsitzenden stattgefunden haben, in Zukunft auch mit den leitenden Lokalbeamten abzuhalten.

Zur Begründung des Berliner Antrages führt

**Glöckle-Beilin** aus: Der Zweck des Antrages ist es, die schwere Verantwortung, die jetzt auf den Schultern des Vorstandes lastet, auf einen größeren Kreis von Personen zu verteilen im Interesse einer ruhigen Fortentwicklung der Organisation. Man spricht jetzt von Verbandsverdröppelung. Eine beschließende Körperschaft, die aus allen Gauen zusammengesetzt ist, würde Beruhigung schaffen. Der Antrag ist nicht dem Mißtrauen gegen den Vorstand entsprungen. Mehrere große Verbände haben in den letzten Jahren eine ähnliche Einrichtung geschaffen, welche den Vorstand von einer großen Verantwortung entlastet. Die Befürchtung, daß eine Körperschaft ihre Verantwortung auf die andere abladen würde, ist nicht begründet. Der Vorschlag der Kommission ist nicht das was wir wünschen, denn er schafft keine beschließende Körperschaft.

**Gericke-Leipzig**: Es liegt kein Anlaß vor, unsere Zentralleitung zu ändern. Der im Antrag Berlin vorgeschlagene Wahlmodus würde zu Differenzen führen. Schon im Jahre 1908 wurde bei uns ein Beirat gefordert, dessen Zweck es sein sollte, die beteiligten Städte bei den Tarifbewegungen mitberaten zu lassen. Diesen Zweck erfüllen die Städtekonferenzen. Die vorgeschlagenen Zusammenkünfte des Vorstandes mit den leitenden Lokalbeamten würden nicht nur der Erledigung tatsächlicher Fragen dienen, auch Verwaltungsfragen ließen sich hier erörtern. Der Wunsch, den Bevollmächtigten der Zahlstelle Berlin zu den Gauvorsitzendenkonferenzen zuzuziehen, ist nicht recht begründet. Eher könnte erwogen werden, die Zahlstelle Berlin als einen eigenen Gau auszugestalten.

**Schäfer-Chemnitz**: Der Antrag Berlin würde eine Umwälzung in unserer Organisation bedeuten, für die ein Bedürfnis nicht vorhanden ist. Die Einrichtung des Beirats hat sich in anderen Gewerkschaften nicht bewährt. Was Berlin vorschlägt, ist undemokratisch, denn nur der Vorort des Gaues dürfte den Vertreter in den Beirat wählen. Die jetzt vorhandenen Organe des Verbandes lösen ihre Aufgaben in befriedigender Weise.

**Kieße-Drauschwitz** hätte eine bessere Begründung des Berliner Antrages erwartet. Die Städtekonferenzen gewähren uns ein Mitbestimmungsrecht bei den Tarifverhandlungen. Das ist mehr wert als der geplante Beirat. Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag Berlin wird abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Nach einer einstündigen Pause beginnt um 8 Uhr eine Abendigung.

Es wird mit der Statutenberatung fortgefahren. Ein vorliegender Antrag will im § 127 des Statuts festlegen, daß der Verbandstag alle zwei Jahre am Orte des Vorstandes stattfindet. Die Kommission empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Mehrere Anträge verlangen eine Beschränkung der Zahl der Delegierten durch die Erhöhung der Mitgliedsziffer, auf welche ein Delegierter entsandt. Mit der Beratung dieser Anträge wird die einiger anderer verbunden, welche eine bessere Berücksichtigung der kleineren Zahlstellen bei der Wahlkreiseinteilung verlangen. Die Kommission beantragt, sämtliche Anträge dem Vorstand zu überweisen und ihn zu beauftragen, für den nächsten Verbandstag eine Vorlage auszuarbeiten. Es wird demgemäß beschloßen. Ein anderer Antrag will den § 181, der von der Zusammenfassung der vorbereitenden Kommission für den Verbandstag handelt, ändern. Es soll entweder jeder Gau einen Vertreter in der Kommission erhalten, oder es sollen Bestimmungen getroffen werden, nach welchen der Vertreter zwischen den zu einem Wahlkreis zusammengelegten Gauen wechselt. Der Antrag wird abgelehnt, aber zum Ausdruck gebracht, daß eine Verständigung zwischen den Gauen wünschenswert ist. Damit sind die zum Statut gestellten Anträge erledigt. Es folgt der

**Bericht der Revisionskommission.**

Robert Schmidt beantragt, dem Kassierer Besondere zu erteilen. Die Kommission hat sich auch mit den vorliegenden Anträgen beschäftigt, von denen der eine die Anlegung

eines Postcheckkontos durch die Hauptkasse, der andere die Anlegung der Verbandsgelder bei dem Dankunternehmen der Großhandlungsgesellschaft verlangt. Die Kommission empfiehlt, beide Anträge dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen. In bezug auf die Voten für die Verbandstagsdelegierten beantragt die Kommission, es bei den feitherigen Sätzen zu belassen. Sämtliche Anträge werden nach den Vorschlägen der Kommission erledigt. Den

**Bericht der Beschwerdekommision**

erstattet

**Schleicher-Stuttgart**: Ihr haben Anträge der Zahlstelle Berlin vorgelegen, in welchen beantragt wird, dem Vorstand wegen der Veranstaltung eines Festessens anlässlich der Einweihung des Verbandshauses eine Milde zu erteilen. Die Kommission hat die Beschwerde geprüft und ist zu dem Resultat gekommen, daß kein Anlaß vorliegt, den Verbandstag mit dieser Kleinlichen Angelegenheit zu beschäftigen. Sie schlägt Uebergang zur Tagesordnung vor. Der Verbandstag beschließt unter lebhafter Zustimmung demgemäß.

Ein anderer Antrag Berlin will es verurteilt wissen, daß eine nichtvertragstreue Firma Tischlerarbeiten für das Verbandshaus angefertigt hat.

**Schleicher-Stuttgart**: Die Kommission hat festgestellt, daß die Vergütung auch dieser Arbeit im Einverständnis mit den leitenden Personen der Berliner Lokalverwaltung erfolgt ist und daß die fragliche Firma zu Unrecht als nichtvertragstreue bezeichnet wird. Daß die Firma unter Verletzung der Lieferungsbedingungen unmoralisierte Tischler mit den Arbeiten beschäftigt wurde, ist auf die Nachlässigkeit der Berliner Kollegen zurückzuführen, die sich um die Verbandszugehörigkeit der betreffenden Arbeiter hätten kümmern müssen. Der Verbandsvorstand hat seine Pflicht in dieser Angelegenheit in vollem Umfange erfüllt. Unverantwortlich aber sei es von den Berliner Kollegen, durch die Diskussion und die Veröffentlichung eines solchen Antrages den Verband öffentlich zu blamieren. Die Kommission empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine kurze aber ziemlich erregt geführte Debatte, in welcher mehrere Redner das Vorgehen der Berliner Kollegen scharf rügen, während diese ihr Verhalten zu verteidigen suchen. Die Debatte schließt mit der Annahme des Kommissionsantrages.

**Schleicher-Stuttgart** berichtet dann weiter über die Tätigkeit der Beschwerdekommision, die sich mit einer Anzahl Beschwerden beschäftigt hat, welche Unterstützungsfragen und ähnliche Dinge betreffen. Der Verbandstag stimmt in jedem einzelnen Fall dem Antrag der Kommission zu.

**Sechster Verhandlungstag (Sonnabend).**

Es wird mit der Beratung der vorliegenden Anträge fortgefahren. Zum Abschluß des Tages wird der folgende Antrag des Verbandsvorstandes angenommen:

Der Verbandsvorstand soll ermächtigt sein, in besonderen Ausnahmefällen die Nachzahlung von mehr als acht restierenden und nicht gestundeten Beiträgen zu gestatten. Die Nachzahlung ist jedoch von der ausdrücklichen Genehmigung des Vorstandes abhängig und sichert dem Mitglied lediglich seine alten Mitgliedsrechte. Die Unterstützungsberechtigung tritt erst nach Ablauf von sechs Monaten, vom Tage der Nachzahlung ein; das entsprechende Datum ist vom Vorstand in das Mitgliedsbuch einzutragen.

Die Anträge, welche die Einschränkung oder Abschaffung der Listenabrechnung bezwecken, werden nach kurzer Debatte abgelehnt. Mehrere Anträge, welche eine Ausgestaltung des schriftlichen Agitationsmaterials verlangen, werden angenommen. Unter anderem wird beschloßen, den Vorstand zu beauftragen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu treten zwecks Herausgabe einer Gewerkschaftszeitung in französischer Sprache. Auch der folgende Antrag findet Annahme:

Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, mehr als feither die Frage der Hygiene in den Fabriken und Werkstätten in den Vordergrund zu stellen. Ferner empfiehlt der Verbandstag, daß der Vorstand eine von Fachleuten zusammengestellte Darstellung über Hygiene in den Arbeitsräumen in Form einer Broschüre herausgibt. Erläuterungen über den gesundheitlichen Wert der Arbeitsräume sollten besonders hervorgehoben werden.

Zur Gehaltsfrage liegen Anträge vor, welche den Delegierten, die Angestellte des Verbandes sind, das Recht bei Gehaltsfragen mitzustimmen, entziehen wollen, und in denen verlangt wird, daß Anträge, welche Gehaltsfragen betreffen, vorher in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden müssen. Sie werden unter scharfer Ablehnung der diesen Anträgen zugrunde liegenden Tendenz, teils durch Uebergang zur Tagesordnung, teils durch Ablehnung erledigt.

Zur Arbeitsnachweisfrage wird der folgende von Stuttgart gestellte Antrag angenommen:

Die Angliederung an einen kommunalen oder sonstigen öffentlichen Arbeitsnachweis darf nur erfolgen, wenn die volle Parität garantiert ist und wenn der Organisation mindestens ein genügendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht bei der Arbeitsvermittlung und bei Erledigung etwaiger Differenzen zugesichert wird.

Begünstigt der Branchekonferenzen wird beschloßen, den Antrag, Wahlabteilungen zu bilden, ähnlich wie zum Verbandstag, so daß nicht jeder Ort allein einen Delegierten wählt, dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen, desgleichen auch der Antrag auf Abhaltung einer Konferenz der Spitzenmacher. Dagegen wird die Uebernahme der Delegationskosten auf die Hauptkasse abgelehnt. Ein Antrag, die Vorsitzenden der Zentralkommissionen aus der Hauptkasse zu entschädigen, wird abgelehnt, die Regelung dieser Angelegenheit bleibt wie feither dem Vorstand überlassen.

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wird beschloßen, das Referat über „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aufgaben und Ziele des Verbandes“ von der Tagesordnung abzusetzen. Kollege Leipart wird durch einen Vorschlag des Verbandstages ersucht, das Referat dem Protokoll anzuhängen und es als besondere Agitationschrift herauszugeben. Nach einer kurzen Pause werden dann die Verhandlungen fortgesetzt

Einige Anträge, welche die Pflege der Statistik der einzelnen Branchen und die Branchentatistik betreffen, werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Auch die Anträge auf periodische Herausgabe des „Fahrlattes für Stellmacher“ werden dem Vorstand überwiesen. Die Ergablicher für „Vollgeleit“ und „Witgliebsbücher“ werden auch künftig vom Verbandsvorstand ausgestellt. Ein Antrag, in die Ergablicher auch die bezogene Lokalunterstützung einzutragen, wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Einem Auftrage des vorigen Verbandstages entsprechend hat der Vorstand ein Statut für eine „Unfallunterstützungskasse“ für die Funktionäre des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes“ ausgearbeitet. Diese Vorlage ohne Debatte angenommen. Den Zusammenschluß benachbarter Zahlstellen bezwecken mehrere Anträge. Diese Anträge werden abgelehnt. Hierbei wird jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die ihnen innewohnende Tendenz berechtigt ist, es sei aber besser, durch freundschaftliche Verständigung zwischen den in Betracht kommenden Zahlstellen auf dieses Ziel hinzuwirken. Beschloßen wird, im Adressenverzeichnis die Zeit der Unterstützungsanzahlung anzugeben. Die Anträge, welche den Ausbau des Alimachs verlangen, werden abgelehnt. Auf die Verbesserung der Unfallstatistik zielt der folgende Antrag ab, der vom Verbandstag angenommen wird:

Um den Wert der vom Vorstand geführten Unfallstatistik zu erhöhen, sind die Krankengeldauszahlung in den Zahlstellen verpflichtet, die durch einen Betriebsunfall erkrankten Kollegen anzuhalten, den vom Vorstand herausgegebenen Unfallmeldebogen auszufüllen. Die durch Unfall erkrankten Kollegen sind zur Ausfüllung des Unfallmeldebogens zu verpflichten.

Als Ort für den nächsten Verbandstag wird Hamburg bestimmt. Damit sind die vorliegenden Anträge erledigt.

Leipart gibt Kenntnis von einer Zuschrift des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes. Die Presseberichte über die auf dem Verbandstag geführten Verhandlungen über den Werstarbeiterstreik haben den Eindruck erweckt, als sei versucht worden, die Verantwortung für die Leitung der verunglückten Bewegung auf den Metallarbeiter-Verband abzuwälzen. Leipart betont, daß diese Auffassung irrig sei. Alle Beschlüsse in den gemeinsamen Vorstandssitzungen sind auf dem Wege der Verständigung erzielt worden, ohne daß der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes versucht hätte, das numerische Uebergewicht seiner Mitgliederzahl zur Geltung zu bringen. Selbstverständlich haben die Vertreter der anderen Organisationen darauf Rücksicht genommen, daß der Metallarbeiter-Verband in höherem Maße an der Bewegung interessiert war. Wir wollen die Schuld nicht auf den Metallarbeiter-Verband abwälzen. Wir haben auch die bekannte Erklärung nicht mißbilligt. Sie war notwendig und mußte auch veröffentlicht werden. Hier ist nur gesagt worden, daß einige Ausdrücke darin hätten gemildert werden können.

Zum Gewerkschaftskongress macht Leipart einige Bemerkungen. Er weist insbesondere auf das Regulator zur Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen hin, in welchem die Wünsche unseres Verbandes so weit berücksichtigt sind, daß unsere Delegierten dafür stimmen können. Von den Mitgliedern sind bereits 16 Delegierte gewählt. Der Verbandstag stimmt dem Vorschlage zu, daß außerdem zwei Mitglieder des Vorstandes, ein Vertreter des Ausschusses und der Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ an den Verhandlungen teilnehmen sollen. Der hierzu gestellte Antrag: Die Generalkommission resp. der Gewerkschaftskongress möge mehr Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit entfalten, wird angenommen.

Zum internationalen Holzarbeiterkongress bespricht Leipart gleichfalls kurz die vorgeschlagene Tagesordnung. Die bereits vom Verbandstag in Berlin gewählten Delegierten zu diesem Kongress, die Kollegen Leipart, König, Neumann, Glöckle, Raith und Kayser werden bestätigt. Es folgt die

**Wahl der Vorstandsbeamten und der Gauvorsitzer.**

Leipart erklärt, daß die feitherigen Vorstandsmitglieder nach dem, bereits im Laufe der Verhandlungen erwählten Beschluß einer Hamburger Mitgliederversammlung die Absicht gehabt hätten, geheime Wahl zu verlangen, um jedem Delegierten die Möglichkeit zu geben, unbeeinflusst abzustimmen. Diesem Wunsche wird von Dörbe-Hannover und Lauter-Dresden widersprochen. Wörner-Hamburg verweist auf die von den Hamburger Delegierten abgegebenen Erklärungen und wiederholt, daß die Hamburger Kollegen dem Vorstand volles Vertrauen entgegenbringen.

Die feitherigen Vorstandsbeamten, die Kollegen Leipart, Schneegaf, König, Neumann und Papp werden durch Akklamation einstimmig wiedergewählt. Ebenso erfolgt auch die Wiederwahl sämtlicher Gauvorsitzer.

Damit sind die Aufgaben des Verbandstages erledigt. Nachdem Mrkwicka-Wien namens der ausländischen Gäste einige Abschiedsworte an den Verbandstag gerichtet hat, nimmt

Leipart das Schlußwort. Er dankt den Delegierten für das dem Vorstand erteilte Vertrauensvotum, welches dieser durch seine weitere Tätigkeit rechtfertigen wird. Er läßt dann die Beschlüsse des Verbandstages Revue passieren, wobei er besonderen Nachdruck auf die Stellungnahme des Verbandstages zu den Lohnbewegungen legt. Vor allem ist es notwendig, daß zwischen Vorstand und Mitgliedern volle Einigkeit herrscht, die auf dem Wege der gemeinsamen Beratung und Verständigung herbeizuführen ist. Wichtig ist der Centralbeschuß, die Instanz der Zentralvorstände aus unserem Tarifvertragswesen auszuschalten. Im Interesse der Fortentwicklung des Tarifvertragswesens wäre es zu bedauern, wenn wir in die Lage kämen, einen solchen Beschluß zu fassen. Aber die Entscheidung darüber liegt beim Gauverband.

Der Streit über den Kampf auf den Feisten ist nun endgültig beigelegt. Den Werstarbeitern hat der Verbandstag sehr weitgehendes Entgegenkommen bewiesen und es ist zu hoffen, daß sie nunmehr mit frischem Mut an die Arbeit gehen. Zu seinem Referat hat der Wortführer der Werst-



arbeiter das schöne Dichterwort zitiert: „Wir wollen sein, ein einzig Volk von Brüdern.“ Das Wort muß für uns dahin erweitert werden, daß wir sagen können: „Wir sind ein Volk von einigen Brüdern.“ Der Geist der Brüderlichkeit ist auf dem Verbandstag in schöner Weise zum Ausdruck gebracht worden. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist eine Kulturbewegung, die uns helfen soll zur Erfüllung unserer Zukunftshoffnungen. Zur Bekräftigung des Geistes, dem Verbands auch weiter treu zu bleiben, bringt die Partei ein Hoch auf den Verband aus, in welches die Delegierten begeistert einstimmen.

Hierauf wird der Verbandstag geschlossen.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Volka-beitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Juni beträgt in Füssen 65 Pf., ab 1. Juli in Freiberg i. Sa. 75 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 28. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbilder sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 138803 Paul Dordel, Eschl., geb. 24. 1. 82 zu Al.-Machin.
  - 239257 Otto Gangaue, Eschl., geb. 2. 81 zu Bergleishübel.
  - 352193 Artur Donner, Eschl., geb. 22. 6. 91 zu Grune.
  - 359187 Paul Brink, Wäsch.-Arb., geb. 10. 3. 74 zu Berlin.
  - 487540 Paul Mahles, Pol., geb. 13. 5. 78 zu Brih.
  - 501742 Wilh. Steinmeyer, Eschl., geb. 30. 4. 72 zu Steinbach.
  - 547409 Bruno Witzberg, Pol., geb. 4. 4. 88 zu Eiegung.
  - 551060 Paul Beder, Pol., geb. 26. 3. 74 zu Treptow.
  - 603983 Peter Bangen, Eschl., geb. 4. 8. 90 zu Waals.
  - 683868 Reinhold Freitag, Holzarb., geb. 6. 8. 98 zu Jhehoe.
- Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.  
Der Verbandsvorstand.

#### Korrespondenzen.

**Carlsbafen.** Nachdem erst vor kurzem der Arbeiter R. bei der Firma Traun u. Co. das Unglück hatte, mit dem rechten Fuß in die Kreisäge zu geraten, so daß er sofort in das Casseler Krankenhaus überführt werden mußte, ist jetzt schon wieder ein Unfall zu verzeichnen. Bei der Firma Kofe kam der Kollege R. mit der rechten Hand derart in die Kreisäge, daß der Daumen vollständig abgetrennt wurde. Während fast jedermann weiß, daß die Holzbearbeitungsmaschinen sehr gefährlich sind, können es unsere Arbeitgeber nicht begreifen, daß die Arbeiter so oft verunglücken. In Wirklichkeit muß man sich wundern, daß hier nicht mehr Unglücksfälle vorkommen, wird doch sehr an den Maschinen in Akkord gearbeitet. Dabei sind die Preise so niedrig, daß höchstens in Akkord 2,50 bis 3 Mk. pro Tag verdient werden kann. Zur Voricht bleibt dabei bitter wenig Zeit übrig. Wann werden die hiesigen Arbeiter endlich einsehen lernen, daß es nur mit Hilfe einer starken Organisation möglich ist, bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen? Nicht nur die lange Arbeitszeit und der niedrige Lohn könnten verschwinden, die gesamten Arbeitsverhältnisse würden besser werden. Bei geordneten Arbeitsverhältnissen und ausreichender Entlohnung sind solche Blutsopfer ganz zu vermeiden.

**Culmssee.** Was in den Vorjahren oftmals versucht, aber durch das Vorgehen der Arbeitgeber und die Laune der Kollegen vereitelt wurde, ist in diesem Jahre endlich gelungen: am hiesigen Orte eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu gründen. Diese besteht nun seit Januar. Die Arbeitgeber hatten sich anfangs ziemlich ruhig verhalten, da sie jetzt aber wahrnehmen, daß die Sache diesmal ernst ist und die Arbeitnehmer eine menschenwürdigeren Arbeitszeit haben wollen, geht das von Meistern doch zu weit. So wurde dem Vorsitzenden der Zahlstelle von seinem Arbeitgeber gekündigt. Meister Knodel hat früher in Berlin gearbeitet und war dort auch Mitglied des Verbandes. Jetzt aber kann er es doch nicht übers Herz bringen, daß sich seine Gesellen organisieren. Hier in Culmssee besteht noch die 66stündige Arbeitszeit und das Kost- und Logiswesen, was die Arbeitgeber doch nicht gern abgeschafft haben wollen. Die reisenden Kollegen werden deshalb gebeten, hier nicht umschauen zu gehen, sondern sich bei der Ortsverwaltung zu melden.

**Hamburg.** (Paritätischer Arbeitsnachweis). Wochenbericht vom Sonntag, den 23. Mai, bis Freitag, den 29. Mai 1914.

Branchen	In d. Woche belegte Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bautischler inkl. Anschläger	55	—	263
Möbelschler	61	—	302
Maschinenarbeiter	7	—	17
Polierer inkl. Beizer	3	—	12
Drechsler	1	—	7
Sonstige Branchen	2	—	46
Zusammen	129	—	647

**Quitsburg.** Viel hat man sich von der Konferenz der Modellistischer versprochen. Wohl hat diese Material und Fingerzeige in reichem Maße geboten. Aber wo kein Interesse am Verbandsleben überhaupt vorhanden ist, wo die Kollegen rotorisch die Versammlung schwänzen, Leber Vergünstigungen und Kliminvereinen nachlaufen, da ist die beste Zeitung am Ende des Saisins angelangt. Nicht allein, daß man sich vor dem Wirt schämen muß, werden es selbst die tüchtigsten Kollegen überdrüssig. In der letzten Versammlung der hiesigen Sektion, in der die erste Hälfte des Berichts der Konferenz gegeben wurde, war der Besuch noch einigermaßen. Die zum 23. Mai angelegte Versammlung

konnte aber nicht abgehalten werden, weil zu wenig Kollegen erschienen waren. Damit jedem Kollegen Gelegenheit geboten wird, die Versammlungen zu besuchen, sind diese von Sonntag auf den Samstag verlegt worden. Ein großes steiniges Feld ist hier noch zu beackern. Organisations- und Agitationsarbeit ist hier noch auf Jahre hinaus. Die Verhältnisse lassen noch viel zu wünschen übrig. Zur Hebung unserer wirtschaftlichen Lage ist die Organisation, zur Hebung der geistigen Interessen sind Vorträge und Versammlungen eine unbedingte Notwendigkeit. Dadurch, daß die Kollegen von der Versammlung fernbleiben, halten sie indirekt den Ausbau und die Fortentwicklung nieder, belasten aber einige Kollegen besonders mit Arbeit. Ein Kollege, der seine Lage begriffen, weiß aber, daß er mitarbeiten muß am Aufbau der Organisation.

**Mannheim-Ludwigshafen.** (Die Vertragstreue der Unternehmer.) Von den vielen Fällen, in denen hier die Arbeitgeber immer wieder versuchen, die vertraglichen Bestimmungen zu umgehen, seien hier nur einige wenige genannt, die aber so recht zeigen, wie die Arbeitgeber es verstehen, trotz abgeschlossener Verträge die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Gibt man aber die Arbeitgeber, so sind es stets die Arbeiter, welche tarifuntreu sind, die Arbeitgeber dagegen sind immer unschuldig. Da ist zunächst die Kolladenfabrik Thalheimer u. Herz Nachf. in Ludwigshafen; deren Arbeiter kommen überhaupt nicht zur Ruhe. Kaum ist eine Differenz erledigt, so hat der Inhaber, Herr Herz, schon wieder eine neue heraufbeschworen. Diese Firma untersteht auch dem Tarifvertrag. Ist somit auch die Arbeitszeit tariflich festgelegt, so klammert dieses aber Herr Herz nicht. Gerade wie es ihm beliebt, regelt er die Arbeitszeit, heute so, morgen schon wieder anders. Da ist es kein Wunder, wenn den Arbeitern einmal der Geduldsfaden reißt. Wiederholt ist es auch schon vorgekommen, daß die Arbeiter wegen der Bezahlung der Überstunden reklamieren mußten und ihre Forderung erst nach Einschreiten der Organisation anerkannt wurde. In der Gartenmöbelfabrik Belsbarth u. Hoffmann, in Rheinlan schalten die Herren Meister wie es ihnen beliebt. In diesem Betriebe arbeitet ein halbes Duzend Leute, bei denen es eine Einhaltung der Arbeitszeit überhaupt nicht gibt. Diesen genügen die sechs Arbeitstage in der Woche noch nicht, sie nehmen auch den Sonntag hinzu, um die Akkordpreise herunterzumühen, so daß es selbst dem tüchtigsten Arbeiter nicht mehr möglich ist, noch einen annehmbaren Verdienst zu erzielen. Der frühere Akkordtarif ist durch Aufstellung neuer Maschinen außer Wirkung gesetzt. Das Verlangen der Organisation, einen neuen Akkordtarif auszuarbeiten, versucht man hintanzulassen. Damit aber die Akkordpreise recht niedrig bleiben, werden die neuen Akkorde immer den Kanarisern zuerst übertragen, und diese verstehen es, zu ihrem eigenen Schaden, die Arbeit so hinzuhauen (immer ohne Einhaltung des Vertrages), daß sie etwas dabei verdienen. Herr Direktor Hoffmann ist nun Vorsitzender des Süddeutschen Arbeitgeber-Verbandes für das Holzgewerbe und als solcher verpflichtet, für die Einhaltung des Tarifvertrages zu sorgen, der ausdrücklich besagt, daß beide Parteien verpflichtet sind, Verstöße gegen den Vertrag oder Umgehung desselben nachdrücklich zu bekämpfen. Betreffs der Bezahlung des Zuschlages für Überstunden mußte Herr Direktor Hoffmann, wenn er nach dem Rechte sehen wollte, seinen Meistern die Anweisung geben, daß der Zuschlag zu bezahlen ist, dann brauchen die Arbeiter nicht immer deshalb erst zu streiten wegen der Bezahlung des Zuschlages. In den letzten Tagen hat nun Meister Jörn das Organisationsverhältnis der Arbeiter festgestellt. Will man sich des Einflusses vergewissern, den der Verband im Betriebe hat, kann es uns recht sein, denn bei Entlassung der organisierten Arbeiter kann ruhig die Einstellung des Betriebes erfolgen. Oder sieht sich Meister Jörn nach seiner wieder aufgenommenen Tätigkeit schon wieder so stark und will selbst seine Maßnahmen treffen. Aber auch Meister Jörn dürfte sich sehr getäuscht fühlen, denn er ist uns allen nur zu gut bekannt. Als dritte im Bunde der größeren Betriebe ist es die Firma H. Fasig u. Sohn in Ludwigshafen, die den Vertrag wenig respektiert. Gleich nach Abschluß des Vertrages war es eine der ersten Firmen, welche in der Schlichtungskommission zur Bezahlung des Zuschlages für Überstunden verurteilt wurde. Erst kürzlich wurde wieder ein Arbeiter entlassen, als er seinen tariflichen Zuschlag verlangte. Die Arbeitszeit wird ebenfalls nicht eingehalten, und der Zuschlag für Überstunden nicht immer bezahlt, obwohl die Firma schon zweimal dazu verurteilt worden ist. Die Firma hat auch einen recht hohen Anteil an den Submissionsabläuten. Bei der Vergebung der Fenster für die Kasernen in Kaiserslautern machte die Glasferrinnung Kaiserslautern das Höchstangebot mit 140 000 Mk., die Firma Fasig reichte ein Angebot mit 108 000 Mk. ein und erhielt auch den Zuschlag. Da nun aber der Herr Kommerzienrat auch bei diesen Arbeiten noch verdienen will, bleibt ihm also nichts weiter übrig als die Löhne zu kürzen, und hierin hat die Firma eine gewisse Fertigkeit. Nach dem Akkordtarif gibt es für die Fenster dieser Art 92 Pf. pro Quadratmeter, bei dieser Submission aber wurde den Arbeitern zuerst 75 Pf. pro Quadratmeter geboten. Das war selbst den Selben zu wenig, und es wurde der Preis auf 80 Pf. erhöht. Zuerst wurde gesagt, es seien nur einige Fenster, die nur an die Unorganisierten vergeben werden sollten. Als aber mit diesen der Preis vereinbart war, mußte der ganze Betrieb die Fenster zu dem niedrigen Preise machen. Die Mehrzahl der Arbeiter war aber mit dem reduzierten Preise nicht einverstanden und erhob Beschwerde bei der Schlichtungskommission, die für derartige Fälle im Verträge vorgesehen ist. Herr Kommerzienrat Fasig aber als Obmann der Schlichtungskommission war nun die Sache nicht ganz angenehm und er suchte daher, wie schon des öfteren, die Angelegenheit ohne die Schlichtungskommission zu erledigen. Nachdem dieses nicht gelang, ließ er sechs seiner Getreuen eine Vereinbarung unterschreiben, wonach die Arbeiter mit der Hebung des Akkordpreises einverstanden waren. Diese sechs Arbeiter hatten aber keine Vollmacht von der Gesamtarbeiterschaft. Sie wurden einzeln ins Büro gerufen und dann mußten sie unterschreiben, was der Herr Kommerzienrat aufgesetzt hatte. Daß solche Vereinbarungen keine Gültigkeit haben, ist jedem klar, nach dem Verträge haben ohnedies Einzelabmachungen keine Gültigkeit, Abmachungen des Akkordtarifes können vielmehr nur mit Genehmigung der Schlichtungskommission vorgenommen werden. Vor der Schlichtungskommission erklärte der Herr Kommerzienrat einfach, er unterwerfe sich dem Urteil nicht. Auch von Dr. Reiner wurde versucht, die Sache so hinzustellen, als ob dieser Streitfall die Schlichtungskommission nichts angehe. Auf den energischen Protest der Arbeitervertreter kam wohl die Sache zur Verhandlung, aber durch das Verhalten der Arbeitgeber konnte eine Entscheidung nicht gefällt werden. In dieser Sitzung der Schlichtungskommission gingen auch die Kleinmeister, die sonst nicht genug über die Konkurrenz der Großbetriebe und über die Unterbietung bei Submissionen schliefen können, mit den Großen Hand in Hand. So werden denn von den Arbeitgebern immer wieder Tarifverträge begangen, und haben die Arbeiter alle Ursache, fest zu ihrer Organisation zu halten, damit die Verhältnisse nicht noch mehr verschlechtert werden.

**Kemnitz.** Wie wenig Interesse die Bauunternehmer an dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter haben, und wie wenig sie sich nach den bestehenden Unfallverhaltensvorschriften richten, zeigt eine Statistik, die von der Bauarbeiter-Schutzkommission aufgenommen wurde. Kontrolliert wurden 46 Bauten. Der Ausschlag der Unfallverhaltensvorschriften fehlte bei acht Bauten. An 22 Bauten war die Abdeckung der Balkenlage total ungenügend. Schutzhelme kennt man fast gar nicht, und wo sie angebracht waren, waren es die reinsten Menschenfallen. An einem Bau arbeiteten die Leute acht Meter hoch, ohne auch nur ein Brett als Schutzhelme unter sich zu haben. So etwas steht die Baupolizei nicht. Mit dem sanitären Schutze steht es nicht viel besser aus. Verbandsblätter wurden nur drei angetroffen, welche gut waren, bei 20 Bauten waren überhaupt keine vorhanden und die übrigen waren nicht in Ordnung. Baubüden wurden auch nur drei gefunden, die einigermaßen im Stande waren. Bei 12 Bauten fehlten sie ganz. An elf Baubüden waren keine Fenster, in den übrigen wurde Material gelagert oder es lag der Schmutz so hoch, daß man darüber hinwegsteigen mußte. Noch trauriger sah es mit den Abortanlagen aus. Abortanlagen waren nirgends vorhanden. An zwölf Bauten fehlten die Aborte, bei acht konnte man von der Straße hineinsehen und 21 hatten fast gar keine Bedachung. Alle waren in einem miserablen Zustande. Man braucht sich aber über diese Zustände nicht zu wundern, wenn man bedenkt, daß eine große Anzahl dieser Arbeiter den Weg zur Organisation noch nicht gefunden hat. Verbesserungen können wir nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen erreichen. Auf die Kontrolle der Behörden darf man sich nicht verlassen. Wenn wir unser Leben und Gesundheit nur einigermaßen geschützt haben wollen, müssen wir das selber tun. Für die Arbeiter ist die Wahrung der Unfallgefahr eine Existenzfrage. Die Unterstützung der Unfallverletzten ist ohne Zweifel eine gute Sache, aber ein Unfall hört dadurch nicht auf, ein großes Unglück zu sein. Nichts kann den Verlust der gefunden Glieder ersetzen. Die Arbeiter sind darum die nächsten, die hier Hand anlegen müssen, um auch auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen.

#### Unfere Lohnbewegung.

In Amberg konnte der Schreinerstreik durch Anerkennung des Schiedspruches und Abschluß eines Tarifvertrages beendet werden. Alle Bemühungen, auf friedlicher Grundlage einen Vertrag abzuschließen, scheiterten an dem Verhalten einzelner Meister. Es bedurfte daher erst eines fünfwöchigen Kampfes, um zum Abschluß zu kommen. Der Vertrag läuft vom 15. Mai 1914 bis 15. Februar 1919. Erreicht wurden dabei zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung, 6 Pf. Lohn-erhöhung, Bauzulage und sonstige Verbesserungen.

In Danzig stehen die Holzarbeiter der Gesellschafts-erbst Schönan seit dem 16. Mai im Streik, um eine Lohn-erhöhung zu erreichen. Der Lohn auf der Werk bewegt sich ständig weit unter dem, was in den Tischlereibetrieben am Orte gezahlt wird. Die Kollegen sind aber berechtigterweise der Meinung, daß die ertragreiche Werk mindestens das leisten kann, was jeder Kleinmeister muß. Sie forderten sogar bescheidenweise nur einen Einstellungslohn von 25 Mk. die Woche, obgleich die Stadtbetriebe bereits 28 Mk. zahlen. Da die Werkleitung jede Verhandlung ablehnte, blieb nur die Arbeitseinstellung übrig, an der nun auch die Mitglieder des Gewerksvereins und des christlichen Verbandes beteiligt sind.

In Gotha sind die Arbeiter der Steil-Piano-fabrik wegen Lohnunterschieden in den Zustand getreten. Die Fabrikleitung setzt ihre Hoffnung auf den Zuzug von Arbeitswilligen. Die auswärtigen Kollegen wollen deshalb um so mehr darauf achten, daß jeder Zuzug verhindert wird.

In Nächstensfeld erreichten die Sägearbeiter bei der Firma Rupp 3 Pf. Lohn-erhöhung. Jahrelang arbeiteten die Säger um einen billigen Lohn, sie glaubten eine Organisation nicht zu gebrauchen, sich die Beiträge ersparen zu können. Die Zeit hat sie eines Besseren belehrt; der Not gehorchend, schlossen sie sich unserem Verbands an und schon nach einigen Wochen als Mitglieder haben sie diesen Erfolg zu verzeichnen. Die übrigen Sägearbeiter in Oberfranken und der Oberpfalz mögen daraus den Wert des Verbandes erkennen und sich ebenfalls anschließen, damit ihre elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse weiter verbessert werden können.

In Solingen ist mit der Maschinenfabrik Kiefferling u. Albrecht ein Tarifvertrag für die Modellistischer abgeschlossen worden, der eine Lohn-erhöhung von sofort 3 Pf., 1916 2 Pf. und 1918 1 Pf., zusammen also 6 Pf. sowie Ferien von 1 bis 6 Tagen, je nach Dauer der Beschäftigung, bringt.

#### Ausland.

In Kottbörinowo in Bulgarien sind, wie uns aus Sofia telegraphisch mitgeteilt wird, am 27. Mai 630 Arbeiter der Holzfabrik der Gebrüder Balabanoff in den Streik getreten. Die Firma sucht im Auslande durch Agenten Arbeiter anzuwerben, wobei diese Vermittler Versprechungen machen, die später nicht eingehalten werden. Erst kürzlich lehrten deshalb ganze Gruppen galizischer und italienischer Arbeiter in ihre Heimat zurück. Nun ist es jetzt ob der ungünstigen Arbeitsverhältnisse dieses Nischenbetriebes zur allgemeinen Arbeitseinstellung gekommen.



Veranstaltungs-Anzeigen.

Hessenberg. Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr, im Hotel Stadt Leipzig...

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis...

Drehtischler, Möbelschreiner, Tischmacher, Tischler, Tischlergehilfen, Tischlerlehrlinge...

Hausbesitzer, Hausbesitzergehilfen, Hausbesitzerlehrlinge, Hausbesitzermeister...

Salouffarbeiter. Die übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

Wichtiges. Das Verzeichnisse der hiesigen Gewerkschaften befindet sich jetzt nicht mehr im "Dahnen"...

Sperre. Der Arbeitsnachweis befindet sich auf unserm Verbandsbureau, Dresdner Str. 33, I. Umgehungen...

Sperre. Der Arbeitsnachweis befindet sich Brauhausgasse 11, pl. Umgehungen streng verboten.

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Büro, Friedrichstr. 24, I. Geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr...

Wichtiges. Die Glühlampen-Fabrikantenfabrik sucht in hiesigen Glühlampen-Fabrikanten...

Hamburg a. Elbe. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind verpflichtet, unserm Arbeitsnachweis...

Halle a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich Parz. 42/44. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis der Modellschreiner befindet sich im Holzhaus, Cederstr. 199, im Verbandsbureau...

Schweiz i. Stadt. Der Arbeitsnachweis befindet sich für alle Branchen bei Hahn, Nr. 10/11. Geöffnet abends 6-7 Uhr...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Wichtiges. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Regendamm, Kirchstr. 6a. Die Arbeitsvermittlung erfolgt...

Maschinenfabrik (allg. Maschinen- und Maschinenbau) sucht möglichst sofort Meister oder Vorarbeiter

der selbst mitarbeitet. Meldungen mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen unter Chiffre S. B. 14281 an Rudolf Woffe, Berlin SW, erbeten.

Einen tüchtigen, soliden Tischler (vorherr. bevorzugt) für Bau- und Möbelarbeit, in sämtlichen Maschinenarbeiten erfahren, auf dauernde Stellung sofort gesucht.

1 tüchtiger Buntschleifer auf Fenster gesucht. C. Hoffmeister, Brokstedt (Holstein).

2 gute saubere Buntschleifer sucht Paul Stinner, Tischlerei mit Kraftbetrieb, Friedemannstr. bei Ologau.

1 Polierer sucht sofort Guido Franz, Poliermeister, Neuhäuser, Bez. Dresden.

Tüchtige Polierer finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. Finsterwalder Holzindustrie G. m. b. H., Finsterwalde (N.-L.), Langer Damm 10.

Tüchtiger 1. Beizer in dauernde Stellung sofort gesucht Karl Kührmeier, Möbelfabrik, Peine.

Junger tüchtiger Holzdrehtischler auf Bau und Möbel findet sofort dauernde Beschäftigung. Georg Tappert, Dampfdrehtischlerei, Gollnow i. Pomm.

Einige tüchtige Hartgummidreher und Holzdrehtischler auf elektrische Artikel sucht für dauernde Beschäftigung. Leonhard Kostal, Lüdenscheid, Westf.

2 tüchtige Korbmacher auf Reifensörbe per sofort für dauernde Arbeit gesucht. Jg. Bernschneider, Kronach i. Bayern.

Korbmacher auf Orln (Schwingen) gesucht. Arthur Wolf, Kötzschenbroda.

Ein Korbmacher auf Rohrarbeit und Reparaturen für sofort oder später gesucht. A. Jörg, Rohrwaren-Industrie, Karlsruhe i. Baden, Amalienstr. 59.

3 bis 4 tüchtige Arbeiter auf Rohrmöbel suchen für dauernd Guenin-Häni & Cie., Kirchberg (N. Bern, Schweiz).

Mehrere tüchtige Korbmacher für Rohrmöbel bei guten Akkordlöhnen (keine Teilarbeit) sucht sofort Joh. Walterscheid, Rohrmöbelfabrik, Burgsteinfurt i. Westf.

Zwei Korbmacher, die gut auf Rohrsörbe eingeschult sind, finden dauernde Stellung. C. Schloßstein, Heilbronn a. Neckar.

Suche einen tüchtigen Gestellarbeiter auf Peddigrohrmöbel. Herm. Henniges, Cronau i. Hann. Korbmachermeister.

2 Korbmachergehilfen auf Orln stellt sofort ein. Holz zugerichtet. G. Reichert, Korbmachermeister, Gardelegen (Altmark).

Suche sofort 1 tüchtigen Korbmacher auf Mattarbeit und Orfingehilfen. Ad. Schmitt, Langerhütte Rohrwarenfabrik.

Bürstenmachergehilfen auf Bechen und Mischen gesucht. Arbeit dauernd. C. G. Heising, Wilhelmshaven.

Gesucht per sofort ein gewandter Bürstenmacher, für Einziehen pro Tausend 1 Mk. bis 1,50 Mk. Wilh. Schults, Bürsten- und Pinsel-Fabrik, Rehna in Mecklenburg.

Mehrere tüchtige Bürstenholzhauer für dauernde Arbeit gesucht. Akkord od. Wochenlohn. D. Meyer, Bürstenholzfabrik, Siebenbräumen (Holst.).

Soeben ist erschienen: Technik des Stellmachers - Heft 2

Inhalt: Das Arbeitsgebiet des Stellmachers. - Automobile in alter Zeit. Von H. Wolf, Friedland. - Konstruktionsplan zum Umformen von Eisenblech. Von H. Wöhrle, Berlin. - Von der Herstellung des Wagenrades. Von E. Fuhrmann. - Der Kutschwagen. Von G. Engelhardt, Hünfeld. - Die Literatur des Stellmacherberufes.

Preis 2,- Mk. Vorzugspreis f. die Mitglieder d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 1,50 Mk.

Befellungen sind an die Geschäftsverwaltungen zu richten. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.

Berlin SO. 16 - Am Kölln. Park 2.

"Fachblatt für Einrahmer und Vergolber" Kreuzband-Abonnement (24 Nr.) jährl. 1,- Mk. Geschäftsstelle d. "Einrahmer und Vergolber" Stuttgart-Rickental, Wiltrichg.

Tischlerei-Einrichtung Bandsäge, Hobelmaschine, Abrichtmaschine, schwere Fräse, Tischkreissäge, Pendelabkürzsäge, Langlochbohrmaschine, Messerschleifmaschine, gut erhalten, billig, sofort lieferbar.

HIRSCH & Co., Maschinenfabrik Berlin N. 65, Müllerstraße 30.

Wertvoll für jeden Holzarbeiter! Lehrbuch z. Anfertigung Photogr. Apparate, 40 S., geg. 35 Pf. l. Br. l. vers. E. Pliz, Leipzig, Weststr. 58

Bleisilbe u. Mahlfäße "Goldartik" nur von Jean Blas, Nürnberg-Stettin.

Alles Laubsägerei Kerbschnitt und Holzbrammaterei liefert allerbilligst J. C. Hahn in Magdora 11 (Wald) Katalog gratis und franko.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16 - Am Köllnischen Park 2

Den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes empfehlen wir nachstehende Schriften zu Vorzugpreisen:

Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie. Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vom November 1906. Brosch. 10 Pf.

Arbeitszeit und Löhne im Tischlergewerbe. Nach einer Statistik des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vom Nov. 1911. Herausgegeben vom Verbandsrat. Brosch. 10 Pf.

Die Holzindustrie in der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Bearbeitet nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 1911. Brosch. 10 Pf.

Bilder aus der Heimarbeit in der Holzindustrie. Nach Verträgen seiner Bauvorsicht für die Heimarbeit ausgestellt im Jahre 1906 aufammengefasst und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Brosch. 10 Pf.

Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag. Material zur Beitragsfrage im Deutschen Holzarbeiter-Verband. 1910. Brosch. 10 Pf.

Gesundheits- und Lebensgefahren der Tischler, Kleber und Beschleifer der Tischler, Einseher, Treppenhauer, Parkettleger usw. Mit zahlreichen Abbildungen. Zur Internationalen Bauausstellung in Leipzig 1913 herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. 10 Pf.

Die Arbeitsverhältnisse in der Bürsten- und Pinsel-Industrie. Nach statistischen Erhebungen im November 1912 herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 1913. 10 Pf.

Erhebungen über d. Musikinstrumentenindustrie. Unter Mitbenutzung einer von der Zentral-Kommission der Musikinstrumentenarbeiter Ende 1911 veranstalteten Umfrage bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 10 Pf.

Die Verhältnisse und Arbeitsverhältnisse in den Karosseriebauwerkstätten. Nach einer von der Zentral-Kommission der Stellmacher im Herbst 1910 vorgenommenen Erhebung bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 10 Pf.

Die hygienischen Zustände in den Vergolberei- betrieben. Nach einer statistischen Erhebung der Zentral-Kommission der Vergolber bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Berlin 1912. 10 Pf.

Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Holzwarenindustrie. Ergebnisse einer statistischen Erhebung vom November 1912. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 10 Pf.

Der Berufsreiz 1913. Bericht an die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, herausgegeben vom Verbandsrat. 10 Pf.

Polier- und Gewerkschaften. Ein Kapitel aus den Kämpfen der Gewerkschaften mit Polizei u. Justiz. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 10 Pf.

Der Braunschweiger Rademacher-Schlag von Anno 1790. Als eine lehrreiche und ergötzliche Begebenheit aus dem Leben des Preussischen Staats- arzt an den Tag gebracht von dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 10 Pf.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Herausgegeben vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband

Wochenbericht vom Sonnabend, 23. Mai bis Freitag, 29. Mai 1914. A - Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B - Offene Arbeitsstellen. C - Gemeldete Arbeitslose am Schluss der Woche.

Table with columns: Ort, Buntschleifer, Möbelschreiner, Tischmacher, Tischler, Tischlergehilfen, Tischlerlehrlinge, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows: Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eilenburg, Götting, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, Zusammen, Bez. Woche.

Verlag und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16

Paul Horn Polier- und Lackfabrik Hamburg 23.

Unübertroffen und darum von so großer Wertekraft sind meine wasserlöslichen, ölarmen, leicht zu verarbeitenden, gereinigten Schellackpolituren und melierte Holzbeizen, die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen...

Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend: 1 Flasche Peha-Matt, 1 Neutral-Schellackpolitur-Extra, 1 Patentpolitur zum Reihpolieren, 1 allerfeinsten Polier- und Glanzlack (blond), 1 Kristall-Lack (blond), 1 Schellack- und Polieröl (gelblich), 1 Dose Porzellanpulver Mon-Ak (Tischbau), 1 Marmor-Mosa (mahagoni), 1 Almaton-Polier-Pulver (hellblau), 1 Tube Inkrustationslack, blond (zum Auskleiden schadhafter Holzstellen), 1 Stück Kork-Schleifblock (120 x 75 x 30 mm).

Eingelegte Furniere für Nüchliche, Schattüten, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. E. Biller, Marqueter, Heidelberg, Theater-Strasse 7.

Moderne Büromöbel kräftige, solide Konstruktion unter Verwendung bester Materialien liefert die Rheinisch-westfälische Holzindustrie G. m. b. H., Dortmund. Feinste Referenzen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen.

Julius Trotbar, Grimma sendet Ihnen Preisliste seiner Fabrikate: Kinderwagen, Lieferwagen, Reisekoffer, Wirtschaftskörbe oder Rohrmöbel je nach Ihrem Bedarf.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Rosenbinderhof 70.

Kunstgewerbliche Tischlerischeule Blankenburg, H. 2 Programm frei. Direktor Reineking.

Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen Erste deutsche Holz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamten. Programm kostenlos durch die Direktion.

Tischlerfachschule Jmenau Fach- und Handels-Unterricht Meisterprüfung - gründlich und schnell Direktion: Architekt Kallison.

Tischlerfachschule Detmold Sept. 1903. Älteste u. leistungsfähigste Schule. Grndl. u. gewissensh. Ausbild. in allen techn. u. kunst. Fächern. - Erstkl. Handelslehranstalt. Kreisliches Schulgebäude.